



Staatsanzeiger

für Rheinland-Pfalz

Amtliche Bekanntmachungen

MONTAG, DEN 25. JUNI 2018

STAATSANZEIGER

NR. 22 / SEITE 597

Seite	INHALT	Seite
Staatskanzlei	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion	
Erteilung eines Exequaturs an Herrn Gheorge Dimitrescu, Generalkonsul von Rumänien in Bonn 597	Bekanntmachung der Prüfungstermine und Anmeldefristen für die Abschlussprüfung nach § 37 Berufsbildungsgesetz (BBiG) in folgendem Ausbildungsberuf des öffentlichen Dienstes: Vermessungstechniker / Vermessungstechnikerin 598	Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) (Ausbau der L 307 in der OD Ransbach-Baumbach mit Einmündung der K 126) 598
Erteilung eines Exequaturs an Herrn Daniar Tologonov, Konsul der Kirgisischen Republik in Frankfurt am Main 597	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord	Veröffentlichung des Jahresabschlusses des Pfalzkrankums für Psychiatrie und Neurologie - AdöR 599
Ministerium des Innern und für Sport	Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) (Antragsteller: NAWARO Energie Pickleßem GmbH & Co. KG, 54647 Pickleßem) 598	Bekanntmachung einer Sitzung des Verbandsausschusses des Zweckverbandes Tierische Nebenprodukte Südwest 599
Beschluss des Landespersonalausschusses über Ausnahmen von der Pflicht zur Stellenausschreibung 597	Sonstige Veröffentlichungen	Bekanntmachung einer Sitzung des Verbandsausschusses des Altlastenzweckverbandes Tierische Nebenprodukte 599
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	Auflösung des Vereins „Aktive Senioren“ e.V. 598	Auflösung des Vereins „Schönstatt Kranken- und Behindertenliga e.V.“ - VR 1202 599
Fallwert gemäß § 3 Abs. 3 der Landesverordnung zur Festsetzung der Jahrespauschale und Kostengrenze für die pauschale Förderung der Krankenhäuser 598	Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 UVP des Gesetzes über die	Öffentliche Ausschreibungen 599
		Stellenausschreibungen 599
		Bekanntmachungen der Gerichte 614

Staatskanzlei

2642.

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Gheorge Dimitrescu, Generalkonsul von Rumänien in Bonn

Bekanntmachung der Staatskanzlei vom 11. Juni 2018 (01222-15/13)

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung von Rumänien in Bonn ernannten Herrn Gheorge Dimitrescu am 15. Mai 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Mihai Botorog, am 29. November 2012 erteilte Exequatur ist erloschen.

Der Konsularbezirk umfasst auch das Land Rheinland-Pfalz.

Mainz, den 11. Juni 2018

Die Ständige Vertreterin
des Chefs der Staatskanzlei
Inge Degen

2643.

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Daniar Tologonov, Konsul der Kirgisischen Republik in Frankfurt am Main

Bekanntmachung der Staatskanzlei vom 13. Juni 2018 (01222-12/06)

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Kirgisischen Republik in Frankfurt am Main ernannten Herrn Daniar Tologonov am 6. Juni 2018 das Exequatur als Konsul erteilt.

Das dem bisherigen Konsul, Herrn Aibek Shamirov, am 26. Januar 2018 erteilte Exequatur ist erloschen.

Der Konsularbezirk umfasst auch das Land Rheinland-Pfalz.

Mainz, den 13. Juni 2018

Die Ständige Vertreterin
des Chefs der Staatskanzlei
Inge Degen

Ministerium des Innern und für Sport

2644.

Beschluss des Landespersonalausschusses über Ausnahmen von der Pflicht zur Stellenausschreibung

Bekanntmachung des Vorsitzenden des Landespersonalausschusses vom 25. April 2018 (LPA 16 530/LPA:1)

Aufgrund des § 11 Abs. 1 Satz 5 des Landesbeamtengesetzes vom 20. Oktober 2010 (GVBl. S. 319), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Februar 2018 (GVBl. S. 9), BS 2030-1, wird allgemein eine Ausnahme von der Pflicht zur Ausschreibung für folgende Beamtenstellen zugelassen:

1. Planstellen der Besoldungsgruppen A 4 bis A 6, für deren Besetzung die Zugangsvoraussetzungen zum ersten Einstellungstest zu fordern sind,

2. Planstellen der Besoldungsgruppen A 6 bis A 8, für deren Besetzung die Zugangsvoraussetzungen zum zweiten Einstiegsamt zu fordern sind,
3. Planstellen der Besoldungsgruppen A 9 bis A 11, für deren Besetzung die Zugangsvoraussetzungen zum dritten Einstiegsamt zu fordern sind,
4. Planstellen der Besoldungsgruppen A 13 und A 14, für deren Besetzung die Zugangsvoraussetzungen zum vierten Einstiegsamt zu fordern sind,
5. Planstellen der Besoldungsgruppen A 12 und A 13, soweit sie bei der Besetzung mit Lehrerinnen und Lehrern das Einstiegsamt eines Laufbahnzweigs darstellen,
6. Planstellen, die mit Lehrerinnen und Lehrern besetzt werden sollen, deren Amt durch Verminderung der Schülerzahl mit den Festlegungen der Besoldungsordnung A nicht mehr in Einklang steht,
7. Planstellen, die mit Beamtinnen und Beamten besetzt werden sollen, die von einer Verwaltungsreform betroffen sind und
8. Planstellen, die mit schwerbehinderten Beamtinnen und Beamten besetzt werden sollen.

Diese Ausnahmen gelten nicht für freie oder freiwerdende Stellen sowie für Beförderungsstellen für Akademische Rätinnen und Akademische Räte sowie für Studienrätinnen und Studienräte im Hochschuldienst.

Der Beschluss des Landespersonalausschusses über Ausnahmen von der Pflicht zur Stellenausschreibung in der Bekanntmachung des Vorsitzenden des Landespersonalausschusses vom 30. Mai 1995 (LPA 17850 001), MinBl. S. 233, StAnz. S. 698, wird aufgehoben.

Mainz, den 25. April 2018

Der Vorsitzende des
Landespersonalausschusses
Günter Kern

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

2645.

Fallwert gemäß § 3 Abs. 3 der Landesverordnung zur Festsetzung der Jahrespauschale und Kostengrenze für die pauschale Förderung der Krankenhäuser

Bekanntmachung des Ministeriums
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Demografie
vom 7. Juni 2018 (632-1 - 81 044)

Der der Festsetzung des Fallbetrages nach § 3 der Landesverordnung zur Festsetzung der Jahrespauschale und Kostengrenze für die pauschale Förderung der Krankenhäuser vom 29. April 1996 (GVBl. S. 205), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. April 2009 (GVBl. S. 170), BS 2126-3-1, zugrunde zu legende Fallwert beträgt

37,09 EUR

für die Auszahlungstermine 1. Juni und 1. Dezember 2018.

Mainz, den 7. Juni 2018

Ministerium für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Demografie
Im Auftrag
Christiane Schittko

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion

2646.

Bekanntmachung der Prüfungstermine und Anmeldefristen für die Abschlussprüfung nach § 37 Berufsbildungsgesetz (BBiG) in folgendem Ausbildungsberuf des öffentlichen Dienstes: Vermessungstechniker / Vermessungstechnikerin

Nach § 7 Abs. 2 der Prüfungsordnung für die Durchführung von Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes im Land Rheinland-Pfalz vom 15. Mai 2008 gibt die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier als zuständige Stelle für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst Folgendes bekannt:

1. **Prüfungstermin:**
Die Prüfungen finden in der Zeit **vom 20. August 2018 bis 30. November 2018** statt.
2. **Anmeldefrist:**
31. Juli 2018
bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Kurfürstliches Palais, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier.
3. **Prüfungstage:**
Die schriftliche Prüfung findet am **6. November 2018** statt, die Fachgespräche zu dem betrieblichen Auftrag am **21. September 2018** und die ggf. mündliche Prüfung am **30. November 2018**, wobei die genaue terminliche Festlegung durch den Prüfungsausschuss erfolgt.

Trier, den 15. Juni 2018

- 41 02/12 -

Aufsichts- und
Dienstleistungsdirektion
Im Auftrag
Heike Schackmann

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord

2647.

Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Antragsteller: NAWARO Energie Pickließem GmbH & Co. KG, 54647 Pickließem)

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3 - 5, 56068 Koblenz, gibt als zuständige Genehmigungsbehörde bekannt:

Die NAWARO Energie Pickließem GmbH & Co. KG, Hauptstraße 18, 54647 Pickließem, beantragt die immissionsschutzrechtliche

Genehmigung für eine wesentliche Änderung einer Anlage zur biologischen Behandlung von Gülle, bei der die Behandlung ausschließlich zur Verwertung durch anaerobe Vergärung (Biogaserzeugung) erfolgt, mit einer Durchsatzkapazität von weniger als 100 Tonnen je Tag und einer Produktionskapazität von jährlich 1,2 Mio. Normkubikmetern Rohgas oder mehr (hier: Biogasanlage mit einer Durchsatzkapazität von 65 t/d und einer jährlichen Rohgasproduktionskapazität von 4,5 Mio. Nm³) auf dem Betriebsgelände in Pickließem (Gemarkung Pickließem, Flur 2, Flurstücke 50/1, 50/5 und 53/2). Im Rahmen des hierfür unter dem Aktenzeichen 314-23-232-1/2005-11 geführten Genehmigungsverfahrens wird keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erfolgte Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1 i. V. m. § 9 Abs. 4 UVPG hat ergeben, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann.

Die wesentlichen Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht können im Internetangebot der SGD Nord (www.sgd-nord.rlp.de) unter dem Link „Bekanntmachungen“ nachgelesen werden.

Koblenz, den 6. Juni 2018

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
Im Auftrag
Lisa Voigt

Sonstige Veröffentlichungen

2648.

Auflösung des Vereins „Aktive Senioren“ e.V.

Der Verein „Aktive Senioren“ e.V. ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Liquidatorin: Fr. Dr. Dhonau-Hermberg, Auf dem Dörndich 9, 55566 Bad Sobernheim, anzumelden.

Bad Sobernheim, den 27. Mai 2018

Die Liquidatorin

2649.

Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 UVPG des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Ausbau der L 307 in der OD Ransbach- Baumbach mit Einmündung der K 126)

Der Landesbetrieb Mobilität Diez (Straßenbaubehörde) mit Sitz in 65582 Diez beabsichtigt für das Land Rheinland-Pfalz und den Westerwaldkreis den Ausbau der L 307 in der OD Ransbach-Baumbach mit Einmündung der K 126.

Der Ausbau erstreckt sich von Netzknoten 5512034 nach Netzknoten 5512096, von Station 2+100 bis Station 0+350 der L 307. Die Ausbaulänge beträgt ca. 585 m.

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPg nicht selbstständig anfechtbar ist.

Diez, den 7. Juni 2018

Landesbetrieb Mobilität
Diez
Im Auftrag
Isabel N e e b

2650.

Veröffentlichung des Jahresabschlusses des Pfalzklunikums für Psychiatrie und Neurologie - AdöR

Gemäß § 37 Abs. 2 Satz 1 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung vom 5. Oktober 1999 geben wir hiermit den Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2017 durch den Verwaltungsrat in der Sitzung vom 12. Juni 2018 ortsüblich bekannt.

Gemäß § 37 Abs. 2 Satz 2 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung vom 5. Oktober 1999 weisen wir darauf hin, dass der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bestätigungsvermerk / Bestätigungsbericht öffentlich im Pfalzklunikum für Psychiatrie und Neurologie - AdöR-, Weinstraße 100, 76889 Klingenmünster, in den Räumen der Geschäftsführung in der Zeit vom 26. Juni 2018 bis 6. Juli 2018 ausgelegt ist und montags bis freitags in der Zeit von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr eingesehen werden kann.

Klingenmünster, den 13. Juni 2018

Pfalzklunikum
für Psychiatrie
und Neurologie AdöR

2651.

Bekanntmachung einer Sitzung des Verbandsausschusses des Zweckverbandes Tierische Nebenprodukte Südwest

Am Mittwoch, den 4. Juli 2018, findet im Konferenzraum (2. OG) der SecAnim Südwest GmbH (Tierkörperbeseitigungsanlage), Am Orschbach 2 in 54518 Rivenich, um 10.00 Uhr, eine öffentliche und anschließend eine nicht öffentliche Sitzung des Verbandsausschusses des Zweckverbandes Tierische Nebenprodukte Südwest statt.

1. Genehmigung der Niederschrift über die Verbandsausschusssitzung vom 15. November 2017
2. Allgemeiner Sachstandsbericht
3. Anpassung der Vereinbarung mit dem Landkreis Cochem-Zell für die Abrechnung der Personal-, Sach- und Gemeinkosten

Nicht öffentlich

1. Erstattung von Personalkosten

Mainz, den 18. Juni 2018

Zweckverband Tierische
Nebenprodukte Südwest
Manfred S c h n u r
Landrat und Verbandsvorsteher

2652.

Bekanntmachung einer Sitzung des Verbandsausschusses des Altlastenzweckverbandes Tierische Nebenprodukte

Am Mittwoch, den 4. Juli 2018, findet im Konferenzraum (2. OG) der SecAnim Südwest GmbH (Tierkörperbeseitigungsanlage), Am Orschbach 2 in 54518 Rivenich, um 10.30 Uhr, eine öffentliche und anschließend eine nicht öffentliche Sitzung des Verbandsaus-

schusses des Altlastenzweckverbandes Tierische Nebenprodukte statt.

1. Genehmigung der Niederschrift über die Verbandsausschusssitzung vom 15. November 2017
2. Allgemeiner Sachstandsbericht
3. Anpassung der Vereinbarung mit dem Landkreis Cochem-Zell für die Abrechnung der Personal-, Sach- und Gemeinkosten
4. Stilllegungskonzept für den Standort Sandersmühle
5. Standort Sprendlingen
 - a. Sachstand zur Sanierungsuntersuchung
 - b. Beauftragung der Interimsanlage

Nicht öffentlich

1. Pachtangelegenheiten
2. Erstattung von Personalkosten

Mainz, den 18. Juni 2018

Altlastenzweckverband
Tierische Nebenprodukte
Manfred S c h n u r
Landrat und Verbandsvorsteher

2653.

Auflösung des Vereins „Schönstatt Kranken- und Behindertenliga e.V.“ - VR 1202

Der Verein - Schönstatt Kranken- und Behindertenliga e.V. - VR 1202 ist aufgelöst. Gläubiger werden aufgefordert, sich bei dem Verein zu melden. Die Liquidatorinnen sind: Busch Rita, Torstraße 6, 97253 Gaukönigshofen; Hörmann Elisabeth, Lerchenweg 11, 56179 Vallendar, und Schäfer Siglinde, Marienthaler Straße 78, 65385 Rüdesheim.

Vallendar, den 14. Juni 2018

Die Liquidatorinnen

Öffentliche Ausschreibungen

2654.

DRK Krankenhaus Neuwied Öffentliche Ausschreibung

Die DRK Krankenhaus GmbH RLP, Auf der Steig 14, 55131 Mainz, schreibt die Gewerke

- Fliesen- und Betonwerksteinarbeiten (Elvis-ID: E39774976)
- Tischlerarbeiten Innentüren (Elvis-ID: E73254993)
- Tischlerarbeiten Festeinbauten (Elvis-ID: E87552269)
- Tischlerarbeiten Spindanlagen (Elvis-ID: E61649811)

für die Baumaßnahme DRK Krankenhaus Neuwied - Erweiterung und Umbau der OP-Abteilung - EU-weit im Offenen Verfahren nach VOB / A aus. Die Veröffentlichung der kompletten Bekanntmachungen erfolgt im EU-Amtsblatt, auf der Homepage des DRK-Krankenhauses unter www.drk-kh-neuwied.de und im Subreport unter www.subreport.de. Die Vergabeunterlagen können kostenfrei von der Ausschreibungsplattform subreport mithilfe der Elvis-IDs heruntergeladen werden.

Mainz, den 18. Juni 2018

D e c k e r
Geschäftsführer

Stellenausschreibungen

2655.

Die JUSTIZVOLLZUGSANSTALT KOBLENZ besetzt zum frühestmöglichen Zeitpunkt

zwei Stellen als Beschäftigte im Justizvollzugsdienst.

Die Justizvollzugsanstalt Koblenz ist eine Einrichtung für den Vollzug von Untersuchungshaft an männlichen und weiblichen Personen für den Landgerichtsbezirk Koblenz (geschlossener Vollzug) und für den Vollzug von Freiheitsstrafen an männlichen und weiblichen Personen mit Lockerungen im Offenen Vollzug.

Beginn der Tätigkeit: Zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Arbeitszeit: 38,5 Stunden wöchentlich im Schichtdienst.

Bildungsabschluss: Hauptschulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Realschulabschluss (oder gleichwertiger Abschluss) mit Nachweis einer beruflichen Tätigkeit.

Anforderungen: Gute körperliche Verfassung (Polizeidienstfähigkeit), Teamfähigkeit, hohe psychische Belastbarkeit, Flexibilität.

Stellenbeschreibung: Die Justizvollzugsanstalt Koblenz ist eine Einrichtung für den Vollzug von Untersuchungshaft an männlichen und weiblichen Personen für den Landgerichtsbezirk Koblenz (geschlossener Vollzug) und für den Vollzug von Freiheitsstrafen an männlichen und weiblichen Personen mit Lockerungen im Offenen Vollzug. Die Beschäftigten im Justizvollzugsdienst werden mit der Betreuung und Aufsichtigung der Gefangenen sowie der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung der Anstalt im Schichtdienst (Früh-, Spät-, Nacht- und Wochenend- bzw. Feiertagsdienst) eingesetzt. Bezahlung nach Entgeltgruppe 4, Stufe 1 Teil II Abschnitt 12.2 TV-L. I. d. Regel erfolgt nach sechs Monaten die Eingruppierung in die Entgeltstufe 6.

Die Stellen sind zunächst bis zum 31. Dezember 2019 befristet, Verlängerung ist möglich. Die Übernahme in den Vorbereitungsdienst für Beamtinnen und Beamte des Justizvollzugsdienstes der Laufbahn des 2. Einstiegsamtes ist bei Eignung und Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen möglich.

Arbeitgeber / Dienstherr: Land Rheinland-Pfalz.

Bewerbungsadresse:

**Justizvollzugsanstalt Koblenz
Simmerner Straße 14a
56075 Koblenz**

E-Mail-Adresse für Anfragen:
jvako@vollzug.jm.rlp.de

Zusätzliche Bewerbungsarten: E-Mail, Brief

Internetadresse

<https://jvako.justiz.rlp.de>

Anlagen zur Bewerbung: Die üblichen Bewerbungsunterlagen.

Die Bewerbungsfrist **endet am 6. Juli 2018**.

2656.

Im MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, WEITERBILDUNG UND KULTUR in MAINZ ist in der Abteilung 3 „Hochschulen“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Referentin / eines Referenten

im Referat 15324 in Vollzeitbeschäftigung zu besetzen. Die Stelle kann auch mit zwei Teilzeitkräften besetzt werden.

Rheinland-Pfalz setzt auf ein offenes, leistungsfähiges und zukunftsorientiertes Hochschulsystem. Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik gehört zu den zentralen Handlungsfeldern der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

Die Abteilung „Hochschulen“ befasst sich mit der qualitativen und strukturellen Weiterentwicklung der Hochschulen des Landes, der Ausgestaltung der Hochschulfinanzierung, der Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht über die Hochschulen sowie mit vielfältigen wissenschaftspolitischen Angelegenheiten.

Zu den wesentlichen Aufgaben des zu besetzenden Referates gehören vor allem:

- Angelegenheiten von Studium und Lehre
- Hochschulpakt (Zielvereinbarungen, Programmförderung, Bewirtschaftung)
- Stipendienangelegenheiten
- Vorbereitung von Terminen der Hausleitung, Beantwortung von parlamentarischen Anfragen und Fragen aus der Öffentlichkeit

Wir suchen eine besonders qualifizierte Persönlichkeit mit abgeschlossenem wissenschaftlichem Hochschulstudium und Erfahrungen in Wissenschaftsverwaltung bzw. -management. Ein sehr gutes Verständnis der Prozesse von Studium und Lehre an Hochschulen sowie fundierte Kenntnisse über Konzepte guter Lehre gehören zum Anforderungsprofil dieser Stelle.

Wir erwarten Freude an und Erfahrungen mit der Gestaltung, Weiterentwicklung und Kommunikation von Prozessen. Analytisch-konzeptionelles Denkvermögen, sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit, ausgezeichnete Team- und Kommunikationsfähigkeit sowie Verhandlungsgeschick werden ebenso vorausgesetzt wie ein hohes Maß an Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit und Flexibilität.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Wir bieten im Beamtenverhältnis eine Besoldung bis zur Besoldungsgruppe A 15 LBesG bzw. im

Beschäftigtenverhältnis ein Entgelt bis zur Entgeltgruppe 15 TV-L. Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, besteht die Möglichkeit einer Übernahme ins Beamtenverhältnis.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **unter Angabe der Kennziffer 17/W3/2018 bis zum 10. Juli 2018** elektronisch an

poststelle@mwwk.rlp.de

oder an das

**Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
- Personalreferat -
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz**

zu richten.

Weitere Informationen über das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur finden Sie auf unserer Homepage unter www.mwwk.rlp.de.

2657.

Die DEUTSCHE STAATSPHILHARMONIE RHEINLAND-PFALZ in Ludwigshafen am Rhein sucht zum 1. Februar 2019

eine Lehrkraft für den Bereich der Musikvermittlung.

Die Ausschreibung richtet sich an im Landesdienst befindliche Lehrkräfte, die bereit sind, im Wege der Abordnung im Umfang eines vollen Deputats (Arbeitszeit 40 Wochenstunden) für zunächst ein Schuljahr bei der Deutschen Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz mitzuarbeiten. Eine Verlängerung ist möglich und wird angestrebt.

Die Deutsche Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz gilt als eines der profilierten deutschen Konzertsorchester. Sie wird als Landesbetrieb mit eigenem Wirtschaftsplan im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur geführt.

Folgende Aufgabenschwerpunkte gehören zur Tätigkeit:

- Konzeption, Organisation und Durchführung neuer Musikvermittlungsformate
- Fortentwicklung bestehender Musikvermittlungsangebote der Deutschen Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz, wie z.B. Schul- und vorschulische Veranstaltungen, Instrumentenvorstellungen, geführte Probenbesuche (Audioguides) sowie Krabbel- und Kinderkonzerte, Konzerte für Schwangere und Stillende, etc.
- Koordination von Projekten (zeitlich, inhaltlich, finanziell)

- Ansprechpartner gegenüber Dritten, wie Künstlerinnen und Künstlern, Förderern, Kooperationspartnern, Kulturzentren, Kindertagesstätten, Schulen und Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrkräften
- Aufbau und Pflege einer Zielgruppendatenbank
- Positionierung, Verankerung und Mitwirkung bei der Bewerbung der Formate in der Region
- Integration der Konzert- / Musikpädagogik in den Konzertalltag an der Schnittstelle zwischen Intendanz, Orchester, Orchestervorstand
- Weiterentwicklung der Internetpräsenz sowie der onlinebasierten Angebote und DVDs.

Die Umsetzung / Durchführung der konzeptionellen Arbeiten erfolgt in enger Abstimmung mit dem Intendanten und den Musikerinnen und Musikern.

Bewerben können sich vor allem Lehrerinnen und Lehrer mit Qualifikation für die Sekundarstufe I und II.

Erwünscht sind ferner:

- praktische Erfahrungen als Musikerin bzw. Musiker und / oder in der (musikalischen) Anleitung von Gruppen sowie Repertoirekenntnisse der klassischen Musik
- Kenntnisse der Musikvermittlungs-Szene und Erfahrungen mit unterschiedlichen Musikvermittlungs-Formaten
- Organisationsfähigkeit, Teamfähigkeit, Belastbarkeit, Flexibilität und Kommunikationsfähigkeit
- strukturiertes Arbeiten und Kreativität bei der Entwicklung neuer Projekte
- ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit und Verhandlungsgeschick
- vertrauter und selbstständiger Umgang mit neuen Medien und EDV-Kenntnisse
- Bereitschaft zu flexiblen Arbeitszeiten und zur Reisetätigkeit.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung vorrangig berücksichtigt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **bis zum 31. Juli 2018** an:

**Intendant der
Deutschen Staatsphilharmonie
Rheinland-Pfalz
Herrn Prof. Michael Kaufmann
Heinigstraße 40
67059 Ludwigshafen**

Sie wollen mehr über die Deutsche Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz erfahren? Ausführliche Informationen finden Sie unter www.staatsphilharmonie.de.

2658.

Im MINISTERIUM FÜR FAMILIE, FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ RHEINLAND-PFALZ in MAINZ sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt in verschiedenen Organisationseinheiten (u. a. Zentralabteilung -

Personalreferat, Leitungsstab - Referat Parlament und Kabinett sowie in der Geschäftsstelle der Verbraucherschutzminister und -ministerkonferenz (VSMK)) mehrere Teilzeitstellen zu besetzen als

Referatsassistenten.

Die Stellen können mit Teilzeit- (bis zu 19,25 Stunden pro Woche) oder mit Vollzeitkräften (39 Stunden pro Woche und mit einem Einsatz in zwei Organisationseinheiten) besetzt werden. Die Stelle in der Geschäftsstelle der VSMK ist bis zum 31. Dezember 2019 befristet.

Zu Ihren Tätigkeiten als Referatsassistenten gehören im Wesentlichen:

- Erledigen aller gängigen Aufgaben im Bereich Büromanagement
- Mit- und Zuarbeit bei der Bearbeitung von Sachverhalten im zugewiesenen Aufgabenbereich; im Bereich „Parlament und Kabinett“ bedeutet dies
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Zusammenstellung von Sitzungsunterlagen für den Ministerrat und parlamentarische Gremien
- Terminmanagement
- Führen der Wiedervorlage, Ablage, Aktenführung; Unterstützung der Verfahrenssteuerung mit Überwachung der fristgerechten Zuarbeit und der Arbeitsaufträge
- Pflege von Adress- und sonstigen Verteilern
- Korrespondenz, Erstellen von Grafiken und Tabellen, fernmündliche Kommunikation
- Organisieren von Besprechungen, Veranstaltungen und Besucherbetreuung
- Erledigen von Einzelaufträgen im Servicebereich
- Erstellen und Pflege von Internetseiten (in Typo 3).

Wir haben folgende fachliche Anforderungen:

Bewerberinnen und Bewerber müssen über eine abgeschlossene Berufsausbildung im kaufmännischen oder Verwaltungsbereich verfügen. Darüber hinaus sind sehr gute EDV-Anwenderkenntnisse in den Office-Produkten (Outlook, Word, Excel, Power-Point) sowie gute Rechtschreib- und Grammatikkenntnisse notwendig. Einschlägige Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung ist von Vorteil. Interesse an der Landespolitik, insbesondere an der Politik unseres Hauses, sowie an den politischen Verwaltungsabläufen wird erwünscht.

Uns sind folgende persönliche Fähigkeiten und Fertigkeiten besonders wichtig:

- Zuverlässigkeit
- Organisationsfähigkeit
- Kommunikationsfähigkeit
- Belastbarkeit
- Dienstleistungsorientierung
- schnelle Auffassungsgabe
- Vielseitigkompetenz.

Wir bieten Ihnen:

- Entgelt nach E 5 TV-L,
- die Möglichkeit, sich in interessante Aufgabengebiete einzubringen und Ihren Bereich zu gestalten,

- Möglichkeiten, sich fachlich und persönlich weiterzuentwickeln,
- ein familienfreundliches Arbeitsumfeld, das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt. Dies gewährleisten wir durch die Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG – ein familienfreundlicher Arbeitgeber“ und unseren hausinternen Maßnahmenplan, sowie
- eine wertschätzende Arbeitsatmosphäre.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität. Bei entsprechender Eignung werden schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz führt ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren durch. Wir bitten Sie, Ihre Bewerbung mit dem dazu vorgesehenen Online-Bewerbungsformular **bis zum 2. Juli 2018** an die Neutrale Stelle in unserem Ministerium zu senden. Den entsprechenden Link mit dem Vordruck finden Sie direkt in der Stellenausschreibung unter

www.mffjiv.rlp.de

oder im Karriereportal des Landes Rheinland-Pfalz unter

www.karriere.rlp.de

Weitere Informationen zu unserem Ministerium und zu den unterschiedlichen Abteilungen finden Sie ebenfalls auf unserer Internetseite.

2659.

Bei der AUFSICHTS- UND DIENSTLEISTUNGSDIREKTION (ADD) ist am Standort in NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE in der Abteilung 3 - Schulen - im Referat 31 „Personalverwaltung und Schulrecht“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle für

eine Sachbearbeiterin / einen Sachbearbeiter des dritten Einstiegsamtes der Fachrichtung Verwaltung

zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfasst insbesondere:

- Sachbearbeitung in dienst- und schulrechtlichen Fragen für alle Schularten
- Beratung und Unterstützung der Schulfachreferate, Schulleitungen, Lehrkräfte und Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler bei rechtlich relevanten Fragen und Vorgängen in mündlicher und

- schriftlicher Form; ggf. Fertigung entsprechender Bescheide
- Durchführung von Widerspruchs- und teilweise auch Klageverfahren auf dem Gebiet des Schulrechts
- Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden und Fertigung des abschließenden Bescheides
- Vorbereitung und ggf. Durchführung disziplinarrechtlicher Ermittlungen

Anforderungsprofil:

- eine abgeschlossene Laufbahnprüfung für das 3. Einstiegsamt der Fachrichtung Verwaltung oder eine vergleichbare Qualifikation (z. B. Angestelltenprüfung II)
- Sehr gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- Sehr gute rechtliche Kenntnisse im Bereich des allgemeinen Verwaltungs- und Verwaltungsverfahrenrechts
- Fähigkeit komplexe Sachverhalte schnell in den entscheidungserheblichen Punkten zu erfassen und rechtlich zu bewerten
- Belastbarkeit in Stoßzeiten
- Eigeninitiative und ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein
- Flexibilität, Teamfähigkeit und hohe Kommunikationsfähigkeit

Bewerberinnen und Beamte des 3. Einstiegsamtes der Fachrichtung Verwaltung bis Besoldungsgruppe A 10 LBesG sowie vergleichbar qualifizierte Beschäftigte. Die Eingruppierung von Beschäftigten erfolgt nach Entgeltgruppe 9 / 10 TV-L.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Auf Wunsch wird die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung geprüft.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **bis zum 6. Juli 2018** an die

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Personalreferat Willy-Brandt-Platz 3 54290 Trier

Eine Rückgabe der Bewerbungsunterlagen erfolgt nur, sofern der Bewerber ein Freiumschlag beiliegt. Ansonsten werden die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

2660.

Beim LANDESBIBLIOTHEKSZENTRUM RHEINLAND-PFALZ ist am Standort Nord in KOBLENZ zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine unbefristete Vollzeitstelle in der Abteilung Informationstechnologie zu besetzen.

1. Stellenumfang / Teilzeitfähigkeit

Es handelt sich um eine Vollzeitstelle mit 39 Wochenstunden regelmäßiger Arbeitszeit. Die Stelle ist teilbar bzw. teilzeitfähig, soweit die vollumfängliche Aufgabenwahrnehmung sichergestellt werden kann. Die Stelle ist unbefristet zu besetzen.

2. Stellenbewertung / Eingruppierung

Die Eingruppierung der Bewerberinnen und Bewerber erfolgt nach TV-L und unter Berücksichtigung der Qualifikation und der endgültigen Aufgabenzuweisung bis zur Entgeltgruppe 9. Die Stufenzuordnung erfolgt unter Berücksichtigung von Qualifikation, Berufserfahrung und Kenntnisstand.

3. Organisatorische Anbindung

Standort: Standort Nord, Koblenz
Abteilung: Informationstechnologie

4. Aufgaben

- Die Aufgabenschwerpunkte sind:
- Erneuerung und Administration der Client-Infrastruktur und Peripherie-Geräte
 - Eigenverantwortliche Analyse, Bearbeitung und Behebung von IT-Störungen per Telefon, E-Mail und via Remotezugriff
 - Zentrales Management von Apple-Produkten
 - Administration der Web- und FTP-Server
 - Betreuung des Backup-Systems

5. Formale Voraussetzungen

Der Bewerber / die Bewerberin sollte über eine abgeschlossene Berufsausbildung als Fachinformatiker / in (Systemintegration) oder eine vergleichbare Qualifikation verfügen.

6. Aufgabenbezogene Kompetenzen

- Gute Fachkenntnisse auf dem Gebiet von Microsoft Client- und Server-Betriebssystemen
- Kenntnisse im Terminal-Server Umfeld mit Citrix und / oder Microsoft
- Grundwissen im Netzwerkbereich (u.a. Switche, Firewall, VLANs, IP-Protokolle, Monitoring)

Wünschenswert sind (Grund-) Kenntnisse in den Gebieten:

- Webseiten-Programmierung
- BSI-Grundschutzkataloge oder DSGVO

7. Persönliche Kompetenzen

- Eigeninitiative und eigenverantwortliche Arbeitsweise
- Interesse an neuen Projekten
- Kommunikationsgeschick
- Belastbarkeit
- Gute Deutsch- und Englischkenntnisse
- Bereitschaft zu (mehrtägigen) Dienstreisen
- Führerschein der Klasse B

8. Gleichstellung / Frauenförderung / Berücksichtigung Schwerbehinderter

Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders begrüßt. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Leistung und

Befähigung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Schwerbehinderte Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

9. Bewerbungsfrist / weitere Information

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **unter Angabe der Kennziffer 2018-U11 bis 27. Juli 2018** an das

**Landesbibliothekszentrum
Rheinland-Pfalz
Zentrale Verwaltung
Bahnhofplatz 14
56068 Koblenz**

Bitte sehen Sie von der Einsendung von Originalunterlagen ab, da Ihre Bewerbung nicht zurückgesendet, sondern nach Abschluss des Verfahrens datenschutzgerecht vernichtet wird. Bewerbungsmappen sind entbehrlich. Wünschen Sie eine Rücksendung, legen Sie bitte einen ausreichend frankierten und adressierten Rückumschlag bei. Bewerbungs- oder Reisekosten können nicht übernommen werden. Bewerbungen per elektronischer Post können im Format pdf (bitte als eine Datei mit maximal 5 MB Größe) unter der Adresse

vw@lbz-rlp.de

eingereicht werden.

Für weitere Informationen stehen Ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung:
für fachliche Fragen Herr Reinhard Barden (0261 91500-202),
für tarifrechtliche Fragen Herr Helwing (0261 91500-153).

2661.

Beim LANDESBIBLIOTHEKSZENTRUM RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 1.3 Service am Standort KOBLENZ zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine unbefristete Teilzeitstelle in der Benutzung

zu besetzen.

1. Stellenumfang / Teilzeitfähigkeit

Der Umfang der unbefristeten Stelle beträgt 83,33 % einer Vollzeitstelle bei 39 Wochenstunden regelmäßiger Arbeitszeit (somit 32,5 Stunden). Die Stelle ist teilbar.

2. Stellenbewertung / Eingruppierung

Die Eingruppierung der Bewerberinnen und Bewerber erfolgt nach TV-L unter Berücksichtigung deren derzeitiger Entgeltgruppe und der endgültigen Aufgabenzuweisung bis zur Entgeltgruppe 5 TV-L.

3. Organisatorische Anbindung

Abteilung: 1.3 Service
Standort: Koblenz

4. Aufgaben

Die Aufgabenschwerpunkte sind:

- Ausgabe und Rücknahme von Medien der Orts- und Fernleihe

- Benutzeranmeldungen
- Pflege und Revision des Abholregals
- Allgemeiner Auskunftsdienst
- Berechnen und Kassieren von Gebühren und Kosten
- Verbuchung der Medien des aktiven und passiven Leihverkehrs

Die Bereitschaft zur Übernahme anderer Aufgaben im Bereich der Benutzungsabteilung unter Berücksichtigung der bestehenden Eingruppierung wird erwartet.

5. Formale Voraussetzungen

Ausbildung als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek, Laufbahnprüfung für das zweite Einstiegsamt im Bibliothekswesen (ehemals mittlerer Dienst) oder vergleichbare Ausbildung.

6. Aufgabenbezogene Kompetenzen

- Erfahrungen in der Benutzung
- Wünschenswert: Kenntnisse des SISIS-Ausleihclients
- Wünschenswert: Praktische Erfahrungen im Bereich der Fernleihe und der Ausleihe

7. Persönliche Kompetenzen

- Freude am Umgang mit Menschen
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Teamfähigkeit
- Sorgfalt
- Konzentrationsfähigkeit
- Hilfsbereitschaft
- Bereitschaft zu Spätdiensten bis 19 Uhr und zu Diensten am Samstag bis 13 Uhr

8. Gleichstellung / Frauenförderung / Berücksichtigung Schwerbehinderter

Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders begrüßt. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Schwerbehinderte Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

9. Bewerbungsfrist / weitere Information

Ihre formlose (gern auch per E-Mail verfasste) Bewerbung mit Lebenslauf richten Sie bitte **unter Angabe der Kennziffer 2018-U12 bis 30. Juli 2018** an nachstehende Adresse.

Bewerbungsmappen sind entbehrlich. Wünschen Sie eine Rücksendung, legen Sie bitte einen ausreichend frankierten und adressierten Rückumschlag bei. Bewerbungs- und Vorstellungskosten können nicht übernommen werden. Bewerbungen per elektronischer Post können im Format pdf (bitte als eine Datei mit maximal 5 MB Größe) unter der Adresse

vw@lbz-rlp.de

eingereicht werden.

Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz
Zentrale Verwaltung
Bahnhofplatz 14
56068 Koblenz
E-Mail: vw@lbz-rlp.de

Für weitere Informationen stehen Ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung:
 für fachliche Fragen
 Frau Gingele (0261 91500-404)
 für tarifrechtliche Fragen
 Herr Helwing (0261 91500-153).

2662.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 5 „Gesundheit und Pharmazie“ am Dienstort LANDAU zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle zu besetzen:

Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter des 3. Einstiegsamtes.

Anforderungen:

- Bachelorabschluss im Bereich Verwaltung oder Recht bzw. vergleichbarer Abschluss
- Berufserfahrung im öffentlichen Dienst und Kenntnisse im Verwaltungsverfahren sowie in der Anwendung gesetzlicher Grundlagen sind von Vorteil
- Gute EDV-Kenntnisse (MS-Office-Produkte)
- Gültige Fahrerlaubnis der Klasse B (neu) bzw. 3 (alt) und Bereitschaft zu Dienstreisen

Wir bieten Ihnen:

- Einstellung im Beamtenverhältnis beabsichtigt
- Entwicklungsmöglichkeiten bis Besoldungsgruppe A11 LBesG
- Gegebenenfalls tarifliche Eingruppierung nach dem TV-L
- Weitergehende Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land
- Familienfreundlichkeit mit Zertifizierung „berufundfamilie®“
- Zertifiziertes Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015

Im Referat 54 „Pharmazie“ erwarten Sie insbesondere folgende interessante Aufgaben:

- Niederschriften und Besichtigungsbescheide bei Apothekenrevisionen; Überwachung der Mängelbeseitigung; Durchführung von Bußgeldverfahren
- Verfahren zum Entzug der Apothekenbetriebslaubnis
- Einleitung von Maßnahmen nach § 69 Arzneimittelgesetz (OWiG-Verfahren, Untersagungsverfügungen, Zwangsgeldandrohung)
- Erstellen von Herstellungserlaubnissen und GMP-Zertifikaten; Ausstellung von Exportzertifikaten für diverse pharmazeutische Unternehmen
- Ausfertigung von Gebührenbescheiden für Betriebe mit Großhandelserlaubnis
- Ausstellung von Bescheinigungen für die zollamtliche Abfertigung nach § 73 Abs. 6 Arzneimittelgesetz für verschiedene Firmen (u. a. BASF, Schott)

Interesse?

Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **bis 6. Juli 2018** per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) **mit dem Betreff LD-54-3-24/2018** an

bewerbung@lsjv.rlp.de

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden. Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage: www.lsjv.rlp.de.

2663.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ, Abteilung 3 „Landesjugendamt“ ist am Dienstort TRIER zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle vorerst befristet für ein Jahr mit der Option auf Entfristung zu besetzen:

Sozialpädagogische Fachkraft in Teilzeit (60 % der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit).

Anforderungen:

- Ein mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Sozialpädagogik / Sozialarbeit mit staatlicher Anerkennung
- Praktische Erfahrung und gute Fachkenntnisse im Bereich der Elementarpädagogik und der konzeptionellen Weiterentwicklung von Kindertagesstätten, beispielsweise als Erzieherin / Erzieher
- Kenntnisse im Bereich des Jugendhilfe- und Verwaltungsrechts
- Gute EDV-Kenntnisse (MS-Office-Produkte)
- Gültige Fahrerlaubnis der Klasse B (neu) bzw. 3 (alt) und Bereitschaft zu Dienstreisen

Wir bieten Ihnen:

- Tarifliche Eingruppierung nach Entgeltgruppe 11 des TV-L
- Weitergehende Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land
- Familienfreundlichkeit mit Zertifizierung „berufundfamilie®“
- Zertifiziertes Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015

Im Referat 37 „Kindertagesstätten, Schutz von Kindern in Tageseinrichtungen, Kindertagespflege“ erwarten Sie u. a. folgende interessante Aufgaben:

- Beratung und Begleitung von Kindertageseinrichtungen
- Beratung und Begleitung von Trägern und Einrichtungen, auch in Krisensituationen

- Erteilung von Betriebserlaubnissen und Prüfung der Einrichtungen
- Beschwerdemanagement
- Mitwirkung bei der Erarbeitung fachlicher Positionen und Empfehlungen

Interesse?

Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **bis 30. Juni 2018** per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) **mit dem Betreff „TR-37-3-24/2018“** an

bewerbung@lsjv.rlp.de

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden. Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage: www.lsjv.rlp.de.

2664.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 3 „Landesjugendamt“, dort im Referat 32 „Förderung sozialer Beratungsstellen und Projekte, Vormundschaften / Beistandschaften, Ambulante Hilfen zur Erziehung, Aufgaben nach dem Landesgesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung und dem Schwangerschaftskonfliktgesetz, Stiftungen „Familie in Not - Rheinland-Pfalz“ und „Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens“, Elterngeld, Unterhaltsvorschußgesetz, Familienerholung“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Sachbearbeiterin / eines Sachbearbeiters (Entgeltgruppe 9 TV-L)

als Elternzeitvertretung - befristet bis zum September 2019 - in Vollzeit am Dienstort MAINZ zu besetzen. Es besteht die Möglichkeit einer Verlängerung.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine obere Landesbehörde, die dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie untersteht. Es nimmt für das Land die Aufgaben eines überörtlichen Trägers der Jugend- und Sozialhilfe und übergeordnete Aufgaben im Bereich des Gesundheitswesens sowie der Qualitätssicherung im sozialen Bereich wahr.

Im Landesamt ist die Geschäftsstelle des Vergabeausschusses der Stiftung „Familie in Not - Rheinland-Pfalz“ eingerichtet. Die Stiftung „Familie in Not - Rheinland-Pfalz“ ist eine selbstständige, rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Die Landesstiftung bewirtschaftet gleichzeitig auch die Mittel der Bundesstiftung „Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens“.

Das Aufgabengebiet umfasst im Wesentlichen folgende Tätigkeiten:

- Prüfung und Vorentscheidung bzw. Entscheidung von Anträgen an die Landesstiftung „Familie in Not“ sowie die Bundesstiftung „Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens“
- Vorbereitung und Leitung der Sitzungen des zweiwöchentlich tagenden Vergabeausschusses der Stiftungen im Wechsel mit den Kolleginnen und Kollegen
- Umsetzung der Beschlüsse des Vergabeausschusses
- Beratung und Unterstützung der antragberechtigten Stellen in Angelegenheiten der Stiftung und bei sozialrechtlichen Fragen
- Teilnahme an regionalen Arbeitskreisen mit Sozial- und Schwangerschaftsberatungsstellen

An Sie werden folgende Anforderungen gestellt:

- Ein mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium der Fachrichtung Verwaltung, Verwaltungsbetriebswirtschaft oder Recht; alternativ eine vergleichbare Ausbildung (Verwaltungslehrgang II)
- Kenntnisse im Sozialrecht, insbesondere im SGB II und SGB XII sollten vorhanden sein
- Fähigkeit und Bereitschaft, sich alle mit der Tätigkeit verbundenen Fach- und Rechtskenntnisse zügig anzueignen
- gute Kenntnisse der gängigen EDV-Anwendungen (MS-Office)
- eine sich durch Eigeninitiative, Belastbarkeit, Flexibilität und Verantwortungsbewusstsein auszeichnende Selbstkompetenz
- eine stark ausgeprägte Sozialkompetenz, insbesondere Kommunikations- und Teamfähigkeit
- gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen

Als moderne Dienstleistungsbehörde bieten wir Ihnen interessante Aufgaben, Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, eine betriebliche Altersversorgung bei Tarifbeschäftigten und Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land. Wir sind als familienfreundliche und familienbewusste Behörde im Rahmen des Audits „berufundfamilie®“ und im Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015 durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen zertifiziert.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage unter www.lsjv.rlp.de.

Bitte richten Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen in Kopie und ohne Bewerbungsmappe (eine Rücksendung der Unterlagen erfolgt nicht) **unter Angabe des Bearbeitungsziehens MZ-32-3-24/2018 bis 6. Juli 2018** an das:

**Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Referat Personal und Organisation
Rheinallee 97 - 101
55118 Mainz**

Gerne können Sie Ihre Bewerbungsunterlagen auch per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) an folgendes Postfach senden:

bewerbung@lsjv.rlp.de

2665.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ ist zum 1. Oktober 2018 innerhalb des Leitungsstabes

eine Sachbearbeiterstelle im Leitungsstab 1 - Grundsatzangelegenheiten -

zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Bearbeitung von Grundsatzfragen der
 - vorbeugenden Bekämpfung und Verfolgung von Straftaten
 - nationalen und internationalen polizeilichen Zusammenarbeit
 - Zusammenarbeit mit Justiz und Sicherheitsbehörden
- Vorbereitung und ggf. Ausrichtung der Besprechungen der Behördenleitung des LKA (z. B. Behördenleiter, PE-Leiter, KD- und KI-Leiter, Generalstaatsanwälte, KIF) und anderer Besprechungen (z. B. FüSt-Leiter, KG SIKO)
- Koordination der
 - Erstellung und Überarbeitung von Richtlinien, Dienstvorschriften, Dienstanweisungen und des „Handbuchs polizeiliche Sachbearbeitung“
 - Vor- und Nachbereitung von Sitzungen, Tagungen und Arbeitsgruppen der Behördenleitung auf Landes- und Bundesebene
 - Prüfung aller Richtlinien, Dienstvorschriften und Dienstanweisungen
 - Abstimmung mit den Behörden und Einrichtungen sowie dem Ministerium des Innern
- Zentrale landesweite Ansprechstelle für die RETASAST des BKA

Anforderungsprofil:

- Bewerber können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.
- Eine mehrjährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung wäre von Vorteil.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigung:

Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, mündliches und

schriftliches Ausdrucksvermögen, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Erforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens fünf Jahre) erwünscht.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116, zur Verfügung, bei Fachfragen Frau Dr. Esseln (Leitung Leitungsstab 1) Telefon: 06131 65-2370 und Herr Henrich (stellv. Leitung Leitungsstab 1), Telefon: 06131 65-2375.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2666.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ ist zum 1. Oktober 2018 innerhalb des Leitungsstabes

eine Stelle als Sachbearbeiter / in im Leitungsstab 3 - Polizeiliche Prävention - sicherungstechnische Prävention -

zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Durchführung sicherungstechnischer Beratungen (z. B. Ministerien, Polizeidienststellen, Behörden, Banken, Personen, die als gefährdet im Sinne der PDV 129 eingestuft sind, Großobjekte des Handels und der Industrie etc.)

- Beratungen im Sinne des Waffengesetzes
- Analyse von Lagebildern und anlassbezogene Entwicklung und Umsetzung von Präventionskonzepten
- Themenspezifische Vortrags- und Präsentationstätigkeiten innerhalb und außerhalb der Polizei
- Mitarbeit in Gremien ggf. bundesweit und Arbeitsgruppen
- Erstellung, Mitwirkung von Richtlinien und Konzeptionen und Projekten im Bereich der sicherungstechnischen Prävention
- Mitwirkung bei Stellungnahmen zu aufgabenspezifischen Grundsatzfragen
- Organisation und Mitarbeit bei gemeinsamen Fachtagungen und Besprechungen
- Mitwirkung bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Aktualisierung der Intra- und Internetpräsentationen im Bereich der sicherungstechnischen Prävention
- Bereitschaft zur Teilnahme an einer Sicherheitsüberprüfung nach dem LSÜG

Anforderungsprofil:

- Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und -beamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (früher gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.
- Eine mehrjährige Verwendung und Erfahrungen im Bereich der technischen Prävention sind von Vorteil.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigung:

Erwartet werden ferner Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, mündliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit sowie analytisches Denkvermögen und taktische und konzeptionelle Befähigung.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Erforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens fünf Jahre) erwünscht.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit

oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116, zur Verfügung, bei Fachfragen Frau Kaes (Leitung Leitungsstab 3), Telefon: 06131 65-2224.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2667.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ sind zum 1. Oktober 2018 innerhalb der Abteilung 2 - Einsatz- und Ermittlungsunterstützung -

drei Sachbearbeiterstellen im Dezernat 21 - Lage- und Dauerdienst -

zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Organisatorische Abwicklung aller Aufgaben des Landeskriminalamtes außerhalb der regulären Dienstzeiten
- Einleitung erforderlicher Sofortmaßnahmen zur Unterstützung anderer Polizeibehörden und der Fachabteilungen des Landeskriminalamtes sowie bedarfsorientierte Führungs- und Einsatzunterstützung nach außen und innen durch koordinierende Maßnahmen
- Gewährleistung einer aktiven Informationsbeschaffung durch ständige Informationsaufnahme, Bewertung und Steuerung an relevante Bedarfsträger
- Führung eines Dienst- und Ereignisnachweises, der Landeslage sowie eines Ereigniskalenders (Lagevorschau)
- Verwahrung und Ausgabe von Vorzeige- und Kaufgeld
- Wahrnehmung aller Aufgaben im Zusammenhang mit der neu eingerichteten Online-Wache

Anforderungsprofil:

- Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.
- Eine mehrjährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung wäre von Vorteil.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigung:

Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Kommunikationsfähigkeit, Einfallsreichtum und Initiative, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick, Bereitschaft zur Dienstverrichtung im Wechselschichtdienst.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Erforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens fünf Jahre) erwünscht.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116, zur Verfügung, bei Fachfragen Herr Reiser (Dezernat 21), Telefon: 06131 65-2840.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2668.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ ist zum 1. Oktober 2018 innerhalb der Abteilung 4 - Auswertungen und Ermittlungen -

eine Sachbearbeiterstelle im Bereich des Dezernates 41 - Rauschgiftkriminalität / GER -

zu besetzen.

- Verwendungsschwerpunkt im Sachbereich Auswertung

Aufgabenbeschreibung:

- Aktive, anlassbezogene Informationsgewinnung und -sammlung aus dem Bereich der Organisierten Betäubungsmittelkriminalität und deren Auswertung
- Operative Auswertung der im Rahmen von Ermittlungsverfahren gewonnenen Erkenntnisse
- Zentrale Auswertung und Informationssteuerung im Bundesland bzw. bundesweit sowie international
- Erarbeitung von Richtlinien und Mitarbeit bei der Erstellung und Umsetzung von landesweiten Konzeptionen
- Fertigung von Stellungnahmen zu aufgabenspezifischen Grundsatzfragen der Verbrechensbekämpfung sowie zu gesetz- und verordnungsgeberischen Vorhaben von landes- und bundesweiter Bedeutung
- Unterstützung der Gremienarbeit im Phänomenbereich
- Anwendung und Nutzung aller polizeilichen DV-Anwendungen und fachspezifischer Dateien
- Fachliche Beratung und Unterstützung der Polizeidienststellen des Landes sowie Zusammenarbeit mit den Landeskriminalämtern der Bundesländer und dem Bundeskriminalamt
- Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaften sowie anderen Behörden und Institutionen, die Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Organisierten Betäubungsmittelkriminalität bekämpfen

Anforderungsprofil:

- Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.
- Eine mehrjährige Verwendung in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung wäre wünschenswert, ist jedoch nicht zwingend erforderlich.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigung:

Auffassungsgabe, analytisches Denk- und Urteilsvermögen, taktisches, konzeptionelles und kreatives Arbeiten, sehr gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, intellektuelle Belastbarkeit und Ausdauer, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Anforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung

im Landeskriminalamt (fünf Jahre) erforderlich.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116, zur Verfügung, bei Fachfragen Frau Schmitt (Leitung Dezernat 41), Telefon: 06131 65-2401.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. Die **Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2669.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ sind zum 1. Oktober 2018 innerhalb der Abteilung 4 - Auswertung und Ermittlungen -

zwei Sachbearbeiterstellen im Dezernat 42 - Eigentumsdelikte / Reisende Täter Eigentum -

zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Operative Auswertung der Eigentums- und Raubdelikte, die dem allgemeinen Kriminalpolizeilichen Meldedienst (KPMD) zugeordnet sind, mit Ausnahme von Vermögensdelikten
- Eigeninitiierte sowie fallbezogene Gewinnung, Aufbereitung, Analyse und Bewertung von Informationen zur Einleitung sowie Unterstützung von Ermittlungsverfahren der Polizeipräsidien in den Deliktsbereichen der Eigentums kriminalität einschließlich Raubdelikte
- Auswertung der Mehrfach- und Intensiv-Täter
- Bandenkriminalität
- Zentrale Koordinierungsstelle für alle Vorgänge bezüglich Reisenden Tätern Eigentum (RTE) / Mobile Organised Crime Groups (KOST RTE)
- Zentrale Erfassung der relevanten Fälle der Eigentums kriminalität in

der INPOL-Fall Datei Eigentum und Vermögen (EIVER) sowie im Europol Information System (EIS)

- Zentrale Redaktions- / Koordinierungsstelle (ZRKS) der Datenbank SECURIUS
- Führen einer Auswertedatenbank Eigentum / RTE mittels KRISTAL
- Veranlassen von Fahrzeugortungen
- Zentrale Kopfstelle für den SIENA-Direktverkehr (Secure Information Exchange Network Application) im Deliktsbereich der Eigentums kriminalität
- Erstellen operativer und operativ / strategischer Auswerteprodukte wie Lagebilder, Kriminalitätsanalysen, präventiver und repressiver Bekämpfungskonzepte; Mitarbeit bei der Durchführung von Auswerteprojekten
- Fachliche Beratung und Unterstützung der Polizeidienststellen des Landes sowie Zusammenarbeit mit den Landeskriminalämtern der anderen Länder und dem Bundeskriminalamt
- Bereitschaft zur Teilnahme an dezernats- und abteilungsübergreifenden Einsatzlagen des LKA

Anforderungsprofil:

- Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.
- Eine mehrjährige Verwendung in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung / Ermittlungstätigkeit wäre von Vorteil.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an spezialisierten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigung:

Kooperations- und Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Flexibilität und Interesse und Aufgeschlossenheit gegenüber technischer Innovationen und Entwicklungen im Bereich operativer Auswertemöglichkeiten werden vorausgesetzt.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Anforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens fünf Jahre) erwünscht.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat 14), Telefon 06131 65-2116, zur Verfügung, bei Fachfragen Herr Bender (Dezernat 42), Telefon: 06131 65-2109.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2670.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ ist zum 1. Oktober 2018 innerhalb der Abteilung 4 - Auswertung und Ermittlungen -

im Dezernat 43

- Finanzermittlungen / Geldwäsche - eine Sachbearbeiterstelle

für den Aufgabenbereich Gemeinsame Finanzermittlungsgruppe (GFG) Polizei / Zoll zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Durchführung von Clearingmaßnahmen zu Geldwäscheverdachtsmeldungen der nach dem Geldwäschegesetz (GwG) Verpflichteten; dabei Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaften, Polizeidienststellen des Landes, des Bundes, Interpolstellen sowie externen Behörden (z. B. Finanz-, Zoll- u. Verwaltungsbehörden)
- Abschließende Bearbeitung von Ermittlungsverfahren gemäß VV „Organisation der Polizei“ einschließlich Aktenführung und Meldedienste
- Bearbeitung von Erkenntnisfragen / Rechtshilfeersuchen anderer Sicherheitsbehörden aus dem In- und Ausland in Geldwäscheverfahren
- Zusammenarbeit mit Banken, Versicherungen und weiteren Verpflichteten nach dem GwG
- Wahrnehmung von Zentralstellenaufgaben

Anforderungsprofil:

- Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.

- Eine möglichst mehrjährige Verwendung in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung wäre wünschenswert

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigung:

Fachkompetenz, Konzentrationsfähigkeit, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Eigeninitiative, gutes Ausdrucksvermögen in Wort und Schrift, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Teamfähigkeit, Verhandlungsgeschick.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Erforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens fünf Jahre) erforderlich.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116 zur Verfügung, bei Fachfragen Herr Holly, Telefon: 06131 65-2567 (Leitung Dezernat 43).

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2671.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ ist zum 1. Oktober 2018 innerhalb der Abteilung 5 - Politisch motivierte Kriminalität -

die stellvertretende Leitung des Dezernats 51

- Grundsatzfragen / Datenverarbeitung - zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Führung des Dezernates bei Abwesenheit der Dezernatsleitung
- Beobachtung der Aufgabenentwicklung im Geschäftsbereich, Koordination und Festsetzung der Arbeitsschwerpunkte
- Erarbeitung / Mitwirkung von / bei Richtlinien zur vorbeugenden Bekämpfung und zur Verfolgung von Straftaten auf Landes- und Bundesebene sowie Stellungnahmen zu aufgabenspezifischen Grundsatzfragen der Verbrechensbekämpfung sowie zu gesetz- und verordnungsgeberischen Vorhaben von landes- und bundesweiter Bedeutung
- Erstellen und Fortschreiben des Kriminalitätslagebildes des Landes im Bereich der Politisch motivierte Kriminalität als Planungsgrundlage operativer landesweiter Kriminalstrategien
- Vor- und Nachbereitung von Sitzungen und Tagungen ständiger Arbeitsgruppen, an denen die Behörden- bzw. Abteilungsleitung landes- und bundesweit teilnehmen
- Datenverarbeitung Politisch motivierte Kriminalität auf Landesebene und in Verbundanwendungen mit den LKÄ sowie dem BKA auf Bundesebene

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit

- der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung,
- dreijähriger Verwendung in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigung:

Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick, Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Erforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens fünf Jahre) erwünscht.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116, zur Verfügung, bei Fachfragen Herr Biewer (Leitung Dezernat 51), Telefon: 06131 65-2419.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2672.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ ist zum 1. Oktober 2018 innerhalb der Abteilung 6 - Phänomenübergreifende Analyse -

eine Sachbearbeiterstelle im Dezernat 61 - Strategische Auswertung / PKS -

zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Mitwirkung bei der
 - Beobachtung und Bewertung der Kriminalitätsentwicklung auf Landesebene
 - regelmäßigen und anlassbezogenen Erstellung von Kriminalitätslagebildern und -analysen
- Beantwortung parlamentarischer, wissenschaftlicher und polizeiinterner Anfragen im Zusammenhang mit der PKS
- Erstellung von Analysen und Kriminalitätslagebildern für die jährliche Pressekonferenz des Innenministers zur Bekanntgabe der PKS sowie zur Vorbereitung der Behördenleiterbesprechungen und der Besprechungen der Leiter Polizeieinsatz
- fachlichen und technischen Weiterentwicklung der PKS sowie der polizeilichen Anwendungen
- Datenqualitätskontrolle PKS (anlassbezogen)
- Bewertung komplexer polizeilicher Sachverhalte und Entwicklung von PKS-Erfassungsvorschlägen auch in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern (anlassbezogen)
- Prüfung von Umfangs- und Sammelverfahren sowie der

PKS-Erfassungen zeitweise eingerichteter Ermittlungs- und Arbeitsgruppen

- Beratung der Polizeidienststellen bei der PKS-Erfassung in RP
- Fortschreibung und Herausgabe der landesinternen PKS-Richtlinien und deren Anlagen
- Planung und Durchführung von Besprechungen
- Beobachtung und Bearbeitung von Störungsmeldungen im PKS-Verbund zwischen Rheinland-Pfalz, dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei und anderen Bundesländern (sogenannte „Verfahrenskontrolle“)
- Regelmäßige Initiierung und Überwachung von Tabellengenerierungsprozessen der PKS
- Veröffentlichung unterschiedlicher statistischer Publikationen / Richtlinien im Internet, im Intranet und in Extrapol in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für Polizeitechnik und der Landespolizeischule
- Erstellung, Pflege und Weiterentwicklung der „PKS-Hilfe“ im Intrapol
- Fortentwicklung und Pflege dezernatsinterner Arbeitsübersichten (z. B. über die Tabellentypen in RP)

Anforderungsprofil:

- Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.
- Eine mehrjährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung wäre von Vorteil.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigungen:

- Umfassende und fundierte Kenntnisse in der Handhabung der gängigen Microsoft-Office-Produkte, insbesondere Microsoft Excel.
- Von Vorteil sind Kenntnisse im Umgang InfoZoom.
- Taktische und konzeptionelle Befähigung, Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Kooperation und Teamarbeit.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Erforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens fünf Jahre) erwünscht.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von

Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116, zur Verfügung, bei Fachfragen Frau Schley (Leitung Dezernat 61), Telefon: 06131 65-2333.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2673.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ sind zum 1. Oktober 2018 innerhalb der Abteilung 6 - Phänomenübergreifende Analyse -

im Dezernat 62 - KRISTAL / PIAV - zwei Sachbearbeiterstellen

zu besetzen.

Dezernat 62 ist im Rahmen des Projektes PIAV für die Einführung des Polizeilichen Informations- und Analyseverbundes im Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz sowie in der gesamten Polizei des Landes Rheinland-Pfalz zuständig. Für das Fallbearbeitungssystem KRISTAL und den Betrieb des PIAV befinden sich im Dezernat 62 die landesweiten Kopf- bzw. Zentralstellen.

Aufgabenbeschreibung:

- Erhebung und Bewertung fachlicher Anforderungen, enge Abstimmung mit den für die technische Umsetzung verantwortlichen Stellen in Rheinland-Pfalz und im Bund
- Fachliche Weiterentwicklung der Fallbearbeitung und des PIAV
- Ermittlungsunterstützung durch operative und strategische Auswertungen und Analysen
- Fachadministration und Anwendersupport
- Beratung und Unterstützung von rheinland-pfälzischen Polizeidienststellen in Bezug auf die Verfahren KRISTAL und PIAV
- Mitarbeit in themenspezifischen bundesweiten Gremien und Arbeitsgruppen
- Mitarbeit bei der Erstellung von landesweiten Konzeptionen

- Enge Zusammenarbeit mit dem BKA, sowie mit anderen Landeskriminalämtern und Polizeidienststellen

Anforderungsprofil:

- Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (früher gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.
- EDV-Kenntnisse sind von Vorteil.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an mehrtägigen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigung:

Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Erforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens fünf Jahre) erwünscht.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116, zur Verfügung, bei Fachfragen Frau Rohr (Leitung Dezernat 62), Telefon: 06131 65-2750.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

2674.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS MAINZ ist bei der KRIMINALINSPEKTION MAINZ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die

Abwesenheitsvertretung der Leitung des Kommissariats 5

neu zu besetzen.

Aufgaben:

- Abschließende Bearbeitung von Ermittlungsvorgängen gemäß VV „Organisation der Polizei“ einschließlich Aktenführung und Meldedienste
- Anordnung und Durchführung von Eingriffsmaßnahmen
- Durchführung von Ermittlungen und Vernehmungen
- Tatortarbeit
- Vertretung der Kommissariatsleitung

Anforderungsprofil:

- Rheinland-pfälzische Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei
 - ab Besoldungsgruppe A 10
 - mit Abschluss des Studiums an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei, oder der Aufstiegsausbildung
- Erfahrungen in der Sachbearbeitung komplexer Ermittlungsverfahren und der Anwendung polizeilicher TKÜ-Systeme
- Erfahrungen im kriminaltaktischen Einsatz verdeckter Maßnahmen
- Kenntnis und Erfahrung in strategischer Auswertung (insbes. Kristal, INPOL-Fall) und Konzeptentwicklung
- Mindestens vierjährige Verwendung im Kriminaldienst

Herausragende Befähigungen:

- Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, schriftliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit
- Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung
- Bereitschaft, die im Rahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und des Gender Mainstreamings angestrebten Ziele umzusetzen.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Polizeipräsidium Mainz eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen und stellenspezifischen Anforderungen entsprochen werden kann.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung – möglichst elektronisch

ppmainz.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

- innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung dieser Ausschreibung im Staatsanzeiger an das

**Polizeipräsidium Mainz
Referat PV 3
Valenciaplatz 2
55118 Mainz**

2675.

Zum 1. Oktober 2018 suchen wir im Führungsstab des POLIZEIPRÄSIDIUMS MAINZ, Stabsbereich 1, Sachbereich 14,

eine / n

Herausgehobene Sachbearbeiterin / Herausgehobenen Sachbearbeiter.

Aufgaben:

- Mitwirkung bei der Organisation und Entwicklung der Einstellungswerbung und Einstellungsberatung
- Organisation der Gestaltung von Prüferinnen und Prüfern bei den Einstellungsprüfungen
- Organisation und Durchführung von Praktika und Hospitationen im Präsidialbereich
- Betreuung der Studierenden während ihrer Praktika im Polizeipräsidium Mainz
- Planung und Organisation von externen und internen Fortbildungsmaßnahmen im Präsidialbereich
- Mitwirkung bei der Fortschreibung des landeseinheitlichen Fortbildungskatalogs
- Bedarfserhebung von Seminaren und Fortbildungsmaßnahmen
- Erhebung, Auswertung und Darstellung von statistischen Daten und Sachständen
- Unterstützung des Stabsbereichsleiters 1 bei der Organisation von Frühförderung und Förderverwendung
- Abwesenheitsvertretung des Sachbereichsleiters

Anforderungsprofil:

- Rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und -beamte ab Besoldungsgruppe A 10
 - mit Abschluss des Studiums an der Hochschule für Polizei (früher: Hochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei) oder der Aufstiegsausbildung
 - dreijährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung

Herausragende Befähigungen:

Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative,

Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit

Im Hinblick auf das Frauenförderprogramm der Landesregierung sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen und stellenspezifischen Anforderungen, entsprochen werden kann.

Im Rahmen des behördlichen Gesundheitsmanagements besteht darüber hinaus ein besonderes Interesse an Bewerberinnen und Bewerbern mit langjähriger Schichtdiensttätigkeit.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung - möglichst elektronisch

ppmainz.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

- **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung im Staatsanzeiger an das

Polizeipräsidium Mainz

**Referat PV 3
Valenciaplatz 2
55118 Mainz**

2676.

Das Polizeipräsidium Rheinpfalz ist als eines von sechs Polizeipräsiden in Rheinland-Pfalz zuständig für die Sicherheit von rund 870.000 Menschen. Der Dienstbezirk umfasst mit etwa 2400 km² die gesamte Vorder- und Südpfalz. Die Behörde beschäftigt ca. 2000 Mitarbeiter, wovon etwa 1650 Polizei- und Verwaltungsbeamte sowie 480 Tarifbeschäftigte sind.

Weitere Informationen zur Organisation der rheinland-pfälzischen Landespolizei und des Polizeipräsidiums Rheinpfalz finden Sie auf unserer Homepage www.polizei.rlp.de.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ sind ab sofort **zwei Stellen** unbefristet zu besetzen:

**Fachkraft für Arbeitssicherheit (m / w)
Entgeltgruppe 9 TV-L
(Einstiegsgehalt mind. 2.749,89 EUR).**

Zeiten aus vorherigen Arbeitsverhältnissen können berücksichtigt werden, sofern sie für die zu besetzende Stelle förderlich erscheinen. In diesem Fall ist ein Einstiegsgehalt bis zu 3.941,46 EUR möglich.

Aufgabengebiet

Das Aufgabengebiet der ausgeschriebenen Stelle umfasst im Wesentlichen:

- Beraten der verantwortlichen Führungskräfte unter anderem in Fragen des Arbeitsschutzes, des Brandschutzes und der Tätigkeit mit Gefahrstoffen.
- Insbesondere Erarbeiten von Sicherheitskonzepten und Stellungnahmen unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen
- Aufbau der rechtssicheren Organisation im Arbeits-, Gesundheits- und Umweltrecht

Was wir von Ihnen erwarten

Der / Die künftige Stelleninhaber / in trifft auf ein motiviertes Team, das sich durch ein aufgeschlossenes, hilfsbereites und kollegiales Miteinander auszeichnet; diese kooperative Arbeitsphilosophie wird auch von dem / der künftigen Stelleninhaber / in erwartet.

Zwingende Einstellungsvoraussetzung:

Abgeschlossene Ausbildung als Meister, Techniker oder Bachelor- / Masterabschluss der Studienrichtung Ingenieurwissenschaften (FH/BA) mit abgeschlossener Qualifikation als Fachkraft für Arbeitssicherheit.

Sonstige Anforderungen:

- Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit
- Verantwortungsbewusstsein
- Analyse und selbstständiges Lösen von Problemen
- Ausgeprägte Teamfähigkeit
- Führerschein Klasse B

Was wir Ihnen bieten

- Ein interessantes und herausforderndes Aufgabengebiet
- Unbefristete Einstellung
- Eingruppierung in die Entgeltgruppe 9 TV-L
- Unterstützung bei der Einarbeitung durch fachkundige Kollegen / innen und Vorgesetzte
- Einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz durch unser Gleitzeitmodell und der unkomplizierten Möglichkeit zum Arbeitszeitausgleich und Einbringen von Erholungsurlaub

Die Polizei Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche geben Sie bitte unter Angabe von Umfang und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung an.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Auf www.oeffentlicher-dienst.info können Sie sich über die zu erwartende Vergütung informieren (Navigation: TV-L, West).

Wenn Sie sich bewerben wollen

Bitte senden Sie uns eine schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, insbesondere Kopien der Schul-, Prüfungs- und Dienstzeugnisse **unter Nennung der Kennziffer PP-FASI-2018-2 bis zum 15. Juli 2018** an das

Polizeipräsidium Rheinpfalz

Referat PV 3

**Wittelsbachstraße 3
67061 Ludwigshafen**

Die schriftliche Bewerbung ist ohne Bewerbungsmappen oder Folien einzureichen; eine Rückgabe erfolgt nur bei Übersendung eines ausreichend frankierten Umschlags. Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, werden grundsätzlich nicht erstattet.

Elektronisch

Ihre Bewerbung per E-Mail (eine zusammenhängende PDF-Datei) senden Sie bitte an

pprheinpfalz.pv3.bewerbung@polizei.rlp.de

Wenn Sie Fragen haben

Für weitere Informationen steht Ihnen Herr Kohl unter Tel. 0621 9631639 gerne zur Verfügung.

2677.

Zum 15. Juli 2018 ist bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / KRIMINALDIREKTION TRIER / KRIMINALINSPEKTION TRIER die Stelle

**der Leiterin / des Leiters
des Kommissariats 6**

„Gemeinsame operative Täterorientierung“

zu besetzen.

Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 13 (3. Einstiegsamt) bewertet.

Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei bewerben, die sich mindestens in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 befinden.

Aufgabenbeschreibung:

Führung des Kriminalkommissariats, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eigenständige Sachbearbeitung in Relation zu der Anzahl der zu führenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Organisation, Koordination und Kontrolle der Ermittlungsaufträge / Vorgänge.

Lageanalyse, Planung und verantwortliche Umsetzung von Konzepten zur Bekämpfung von Kriminalitätsbrennpunkten Durchführung von Aufklärungs-, Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen, Vollstreckung von Haftbefehlen, die einen besonderen Fahndungs- und Ermittlungsaufwand erfordern, Täterorientierte und deliktsübergreifende Bekämpfung von Intensiv- und Milieukriminalität bzw. Mehrfach- und Intensivtätären unterhalb der Schwelle zur organisierten Kriminalität. Leitung von kommissariatsinternen Einsätzen oder sonstiger Einsätze auf Weisung.

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen.

Vierjährige Verwendung in der entsprechenden Laufbahn ab dem dritten Einstiegsamt, Erfahrungen in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Umfassende kriminalpolizeiliche und -taktische Befähigung.

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Erwartet werden die Beachtung der Grundsätze des Gender Mainstreaming und ein gleichstellungsorientiertes Führungsverhalten.

In Rahmen des Förderprogrammes der rheinland-pfälzischen Landesregierung besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilszeitgeeignet.

Das Vorliegen uneingeschränkter Dienstfähigkeit wird vorausgesetzt.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich **auf dem Dienstweg** erbeten an das

**Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salvianstraße 9
54290 Trier**

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Im Fall einer elektronischen Bewerbung bitten wir die Leitung der eigenen Organisationseinheit und die Leitung der betr. Direktion bzw. des Führungsstabs nachrichtlich zu beteiligen.

2678.

Bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / POLIZEIDIREKTION TRIER ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle

einer Sachbearbeiterin / eines Sachbearbeiters Führungsgruppe mit dem Schwerpunkt Polizeiliche Prävention

zu besetzen. Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A12 bewertet.

Aufgabenbeschreibung:

- Koordination der Präventionsarbeit und der polizeilichen Jugendarbeit im Zuständigkeitsbereich der PD Trier
- Unterstützung der polizeilichen Jugendarbeit der Dienststellen der Polizeidirektion Trier, insbesondere im Bereich des Informationsaustausches
- Erstellen von Lagebildern, Statistiken, Übersichten, Analysen von aktuellen Erscheinungsweisen der Jugenddelinquenz im Bereich der PD Trier sowie Berichten zu zielgruppenspezifischen Präventionsmaßnahmen
- Sammeln und Auswerten aller Informationen im Hinblick auf Jugenddelinquenz, Jugendgefährdung sowie Jugend- und Opferschutz im Bereich der Polizeidirektion Trier
- Mitwirkung bei Präventionsveranstaltungen im Polizeipräsidium Trier
- Abstimmung mit der Pressestelle bezüglich der jugendbezogenen Öffentlichkeitsarbeit auf Direktionsebene
- Bedarfsorientierte Unterstützung anderer Sachbereiche innerhalb der Führungsgruppe.

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen.

- Dreijährige Verwendung im 3. Einstiegsamt
- Taktisches Verständnis
- Flexibilität, innerhalb der Führungsgruppe das Arbeitsgebiet zu wechseln
- Bereitschaft sich in unterschiedliche Themenstellungen einzuarbeiten.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderprogramms besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber werden bei entsprechender Eignung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilszeitgeeignet.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich **auf dem Dienstweg** erbeten an das

**Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salvianstraße 9
54290 Trier**

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Im Fall einer elektronischen Bewerbung bitten wir die Leitung der eigenen Organisationseinheit und die Leitung der betr. Direktion bzw. des Führungsstabs nachrichtlich zu beteiligen.

2679.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM EINSATZ, LOGISTIK und TECHNIK (PP ELT) ist das jüngste Präsidium in der rheinland-pfälzischen Behördenlandschaft. Mit Wirkung vom 1. Oktober 2017 hat es planmäßig seinen Wirkbetrieb aufgenommen.

Im PP ELT arbeiten die ehemals eigenständigen Organisationseinheiten der Bereitschaftspolizei, der Zentralstelle für Polizeitechnik und der Wasserschutzpolizei nun unter einem gemeinsamen Dach. Aufgrund der damit einhergehenden, vielfältigen Aufgaben wird das Präsidium in ganz Rheinland-Pfalz tätig. Teile seiner Organisationseinheiten auf Ersuchen anderer Länder sogar bundesweit.

Zur Verstärkung der Projektgruppe Leitstelleninfrastruktur suchen wir am Dienort MAINZ zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine / -n

Mitarbeiter / -in für das Projekt „zentrales Einsatzleitsystem (zELS)“ (Kennziffer PG LI/22/2018).

Die Projektgruppe Leitstelleninfrastruktur widmet sich der Modernisierung der IT- und Kommunikationstechnik der Leitstellen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben des Landes Rheinland-Pfalz (BOS) und dem Aufbau eines BOS-übergreifenden Verbunds dieser Leitstellen innerhalb des Landes.

Das zELS wird das zentrale Werkzeug der Leitstellendisponenten und Einsatzsachbearbeiter in den BOS-Leitstellen und soll diese bei der Steuerung der Streifenwagen und Rettungsfahrzeuge unterstützen. Dabei spielt die Unterstützung durch eine leistungsstarke Geoinformationskomponente eine tragende Rolle. Das zELS vervollständigt den durch die zentrale Abfrage- und Vermittlungstechnik (zAVT) bereitgestellten technischen Leitstellenverbund.

Nach Abschluss des aktuell größten Technikprojektes im Bereich Innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz (voraussichtlich im Jahr 2022) bilden die Projektmitarbeiter / -innen das

Kern- und Kompetenzteam für die Wahrnehmung der dauerhaft anfallenden betrieblichen Aufgaben.

Ihre Aufgaben

- Wahrnehmung von Koordinierungsaufgaben und Mitarbeit bei der Implementierung, der Wartung und der Betreuung des zELS und der dazugehörigen Systeme
- Definition und Konfiguration von Schnittstellen des zELS zu Drittsystemen und die Erarbeitung von technischen und fachlichen Konzepten im Rahmen der Feinspezifikation und des Rollout
- Erhebung und Vereinheitlichung von Katalogdaten bspw. aus dem Bereich der Integrierten Leitstellen sowie Vorbereitung und Durchführung der entsprechenden Datenmigration von den bestehenden Einsatzleitsystemen dieser Leitstellen auf das zELS
- Prüfung, Analyse und Bewertung der abgegebenen Angebote auf Plausibilität und Erfüllung des Lastenheftes
- Mitwirkung bei der Erstellung der Feinspezifikation nach Zuschlag
- Prüfung und Bewertung der Leistungen des Auftragnehmers hinsichtlich Erfüllung des Pflichtenheftes, der Feinspezifikation und somit vertraglicher Vereinbarungen
- Fachliche und technische Koordination der Anforderungen zwischen der bestehenden IT-Infrastruktur und dem zELS
- Mitarbeit bei der Durchführung des Vergabeverfahrens

Ihr Profil

- Abgeschlossener Bachelor- oder gleichwertig anerkannter Abschluss in einem für den feuerwehrtechnischen Dienst geeigneten Studienfach (z.B. Bauingenieurwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik, Sicherheitstechnik, Informatik; die Eignung anderer Studienrichtungen kann erfragt werden)
- Erfolgreich abgeschlossene Laufbahnprüfung (§ 24 LbVO) für das dritte Einstiegsamt der Fachrichtung Polizei und Feuerwehr (ehemals gehobener feuerwehrtechnischer Dienst)
- Erfüllen der sonstigen allgemeinen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen (z.B. gesundheitliche Eignung, keine Vorstrafen, kein Überschreiten der Altersgrenze, etc.)

oder

- Abgeschlossene Fortbildungsqualifizierung (mindestens Fortbildungsblock FQ10/11) für das dritte Einstiegsamt der Fachrichtung Feuerwehr (ehemals gehobener feuerwehrtechnischer Dienst)¹

Kenntnisse und Fähigkeiten:

- umfassende Kenntnisse hinsichtlich der Organisation, der Arbeitsabläufe und der verwendeten Technik von Feuerwehr- und Integrierten Leitstellen
- mehrjährige Erfahrung im operativen feuerwehrtechnischen Dienst
- mehrjährige Berufserfahrung in der Leitstellen- oder System-Administration

- gute Kenntnisse in
 - der Bedienung und Administration von Leitstellensoftware
 - GIS-Anwendungen
 - Allgemeiner Systemintegration
- grundsätzliche Kenntnisse in
 - Datenbanksystemen
 - Virtualisierungslösungen
 - der Beschreibung von Schnittstellen-Anforderungen
 - der Administration von IT-Systemen
- von Vorteil ist Basiswissen ITIL (2007 oder 2011)
- Bereitschaft für eine Sicherheitsüberprüfung nach dem Landessicherheitsüberprüfungsgesetz der Stufe 1
- ausgeprägte Teamfähigkeit und selbstständiges Arbeiten werden vorausgesetzt
- Fahrerlaubnis der Klasse B oder vergleichbar

Unser Angebot

Im Rahmen der Unterstützung einer guten Work-Life-Balance sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten wir einen flexiblen Arbeitszeitrahmen. Das Wohlbefinden unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht an oberster Stelle und wird deshalb durch ein ausgeprägtes Behördliches Gesundheitsmanagement unterstützt. Wir legen Wert auf persönliche Gestaltungsspielräume in einer wertschätzenden, vertrauensvollen Arbeitsumgebung und geben Möglichkeiten zur gezielten, fachlichen Aus- und Weiterbildung.

Wir bieten Ihnen für diesen abwechslungsreichen und interessanten Aufgabenbereich bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen eine Besoldung bis zur Besoldungsgruppe A12. Bitte beachten Sie, dass eine Verbeamtung nur bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres, bei schwerbehinderten Menschen und in Ausnahmefällen bis zur Vollendung des 48. Lebensjahres möglich ist.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Ein Nachweis über die Schwerbehinderteneigenschaft ist der Bewerbung beizufügen.

Wir sind bestrebt, den Frauenanteil unserer Beschäftigten zu erhöhen und daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Die zu besetzende Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Fragen beantwortet Ihnen Frau Andrea Ely aus dem Sachgebiet PV3
- Personal / Soziales (Tel.: 06131 65-5550).

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte **bis spätestens zum 31. Juli 2018** an folgende Anschrift:

**Polizeipräsidium Einsatz,
Logistik und Technik
PV3 - Personal/Soziales
Postfach 10 02 62
55133 Mainz**

oder in einer PDF-Datei per E-Mail an:

PPELT.PV3.Bewerbungen@polizei.rlp.de

Es erfolgt keine Rücksendung der Bewerbungsunterlagen, bitte stellen Sie uns daher ausschließlich Kopien (ohne Mappe, Heftung oder Büroklammern) zur Verfügung. Die Unterlagen werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet.

Weitere Informationen über das Präsidium Einsatz, Logistik und Technik finden Sie auf unserer Homepage unter www.polizei.rlp.de

¹Siehe http://internet.lfks-rlp.de/fileadmin/user_upload/Redakteur/ausbildung-beamte/FQ-System_Feuerwehr_Mdl.pdf

2680.

An der HOCHSCHULE WORMS University of Applied Sciences, Erenburgerstraße 19, 67549 Worms, ist im Fachbereich Informatik

eine W2-Professur

für das Lehrgebiet Digitalisierung in Tourismus und Verkehr zu besetzen.

Die digitale Transformation prägt die Reise- und Tourismusindustrie. Die Hochschule Worms bietet mit ihren Fachbereichen Touristik / Verkehrswesen und Informatik einzigartige Voraussetzungen, diese aktiv weiter zu entwickeln. Gesucht wird eine Persönlichkeit mit profunder Erfahrung in der informationstechnischen Gestaltung von Systemen in Tourismus und Verkehr.

Wir erwarten von Ihnen unter anderem die Übernahme von Lehrveranstaltungen mit Schwerpunkt Digitalisierung in Tourismus und Verkehr in den Studiengängen des Fachbereiches Informatik und der fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Touristik / Verkehrswesen z. B. über interdisziplinäre Wahlmodule oder praxisnahe Fallstudien. Aufbauend auf den spezifischen Lehr- und Forschungsprofilen dieser beiden Fachbereiche ist im Rahmen dieser Professur die herausragende Chance gegeben, die Lehre für ein neues interdisziplinäres Berufsbild mit zu prägen und aufzubauen.

Bewerberinnen und Bewerber mit einem Studium vorzugsweise der Informatik bzw. Wirtschaftsinformatik oder auch des Wirtschaftsingenieurwesens, der Mathematik, der Physik, der Wirtschaftswissenschaften oder ähnlicher Studienrichtungen sind willkommen, sofern in Studium bzw. Berufspraxis ein deutlicher Bezug zu den spezifischen Aspekten von informationstechnischen Lösungen im Bereich Tourismus und Verkehr vorliegt.

Erwartet werden eine einschlägige wissenschaftliche Qualifikation sowie einschlägige Berufserfahrung in der Entwicklung, Implementierung und dem Betrieb von Informationssystemen in Tourismus und Verkehr, die durch mehrjährige praktische Tätigkeiten nachzuweisen ist. Vorausgesetzt wird zudem die Fähigkeit und Bereitschaft, Vorlesungen auch in englischer Sprache zu halten sowie Grundlagenfächer im Fachbereich Informatik zu lehren.

Darüber hinaus erwarten wir einen forschungsorientierten Hintergrund und

die Bereitschaft zur aktiven Einwerbung von Drittmitteln sowie zum Technologie- und Wissenstransfer, zur Weiterbildung und Beteiligung in der Selbstverwaltung des Fachbereichs. Entsprechend dem Betreuungskonzept des Landes Rheinland-Pfalz und der Hochschule Worms wird zudem eine hohe Präsenz am Hochschulort erwartet.

Die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren ergeben sich aus § 49 Hochschulgesetz (HochSchG) des Landes Rheinland-Pfalz.

Hinweise zu dem Fachbereich finden sich im Internet unter www.hs-worms.de. Für weitere Informationen steht Herr Normen Haas unter der Rufnummer 06241 509-259 zur Verfügung.

Qualifizierte Wissenschaftlerinnen, welche die Voraussetzungen erfüllen, werden ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert.

Schwerbehinderte sowie Schwerbehinderten gleichgestellte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Schriftenverzeichnis einschließlich eines Dissertationsexemplares (möglichst digital) sowie Nachweise der Berufstätigkeit sind **bis zum 22. Juli 2018** an den

Präsidenten der Hochschule Worms
Erenburgerstraße 19
D-67549 Worms

oder elektronisch an:

bewerbung@hs-worms.de
zu richten.

2681.

Die GROßE KREISSTADT EPPINGEN bietet vielfältige Dienstleistungen an und schreibt regelmäßig Stellen für die Verwaltung und für technische Dienstleistungen aus. Die Stadt Eppingen sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen (m / w)

Bauverständigen

für unsere Abteilung Baurecht im Geschäftsbereich Städtebauliche Entwicklung.

Das Aufgabengebiet umfasst insbesondere:

- Prüfung von Bauanträgen nach bauordnungs- und planungsrechtlichen Vorschriften
- qualifizierte Beratung von Bauwilligen und Architekten in baurechtlichen Fragen
- Durchführung von Brandverhütungsschauen
- Bauaufsicht, Baukontrolle
- Prüfung von denkmalschutzrechtlichen Fragen
- Durchführung von Projekten mit der Abteilung Hochbau

Unsere Anforderungen:

- Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen oder gleichwertig im Sinne von § 46 Abs. 4 Landesbauordnung Baden-Württemberg

- Selbstständigkeit und Überzeugungskraft mit der Fähigkeit zur Übernahme von Führungsverantwortung
- Idealerweise besondere Kenntnisse im Bereich vorbeugender Brandschutz - gerne bieten wir auch die Möglichkeit zur Teilnahme an einer entsprechenden Fortbildung
- Gute Kenntnisse im öffentlichen Baurecht
- Ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit sowie gute Ausdrucksweise in Wort und Schrift
- Sicherer Umgang mit MS-Office
- Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung
- Gültige Fahrerlaubnis der Führerscheinklasse B

Unser Angebot:

Wir bieten eine interessante, anspruchsvolle und vielseitige Tätigkeit in einer bürgernahen und serviceorientierten Verwaltung. Sie erhalten alle im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen. Es handelt sich um eine unbefristete Vollzeitstelle mit der Perspektive, den Verantwortungsbereich selbst mitzugestalten und sukzessive auszuweiten. Die Vergütung erfolgt nach den Regelungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf ihre aussagekräftige Bewerbung über unser Online-Bewerberportal unter

www.eppingen.de/stellenangebote

bis zum 22. Juli 2018. Schwerbehinderte Bewerber / innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Für telefonische Rückfragen steht Ihnen gerne Herr Simon Frenger, Telefon 07262 920-1139 zur Verfügung.

Stadt Eppingen

Abteilung Personal und Organisation
Postfach 2 65
75021 Eppingen

2682.

Bei der VERBANDSGEMEINDE EISENBERG (PFALZ), Donnersbergkreis, ist die Stelle

der / des hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeisters

wegen Ablaufs der Amtszeit des derzeitigen Amtsinhabers neu zu besetzen.

Die Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz) besteht aus drei Ortsgemeinden mit ca. 13.400 Einwohnern. Der Sitz der Verwaltung ist in der Stadt Eisenberg (ca. 9400 Einwohner).

Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister wird am Sonntag, dem 9. September 2018, unmittelbar von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz) für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt (Urwahl). Hat bei dieser Wahl keine Bewerberin / kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten, so findet am Sonntag, dem 23. September 2018, eine Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen / Bewerbern statt, die bei der ersten Wahl die höchsten Stimmenzahlen erhalten haben.

Wählbar zur Bürgermeisterin / zum Bürgermeister ist, wer

- Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist,
- am Tag der Wahl (9. September 2018) das 23. Lebensjahr vollendet hat,
- nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist, sowie
- die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Nicht gewählt werden kann, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die / Der Gewählte wird in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Die Besoldung richtet sich nach der Kommunal-Besoldungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Danach ist das Amt den Besoldungsgruppen A 16 / B 2 zugeordnet. In der ersten Amtszeit wird das Amt zunächst in die Besoldungsgruppe A 16 eingestuft. Eine Höherstufung in die Besoldungsgruppe B 2 ist frühestens nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Amtszeit zulässig. Neben der Besoldung wird eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

Unabhängig von einer Bewerbung auf diese Ausschreibung ist zur Teilnahme als Bewerberin / Bewerber an der Wahl die Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlages durch eine Partei oder Wählergruppe oder als Einzelbewerberin / Einzelbewerber nach Maßgabe der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass Wahlvorschläge spätestens am 23. Juli 2018, 18.00 Uhr, beim Wahlleiter oder bei der Verbandsgemeindeverwaltung Eisenberg (Pfalz) einzureichen sind. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen, die der Wahlleiter spätestens am 69. Tag vor der Wahl, das ist der 2. Juli 2018, im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz), öffentlich bekannt macht.

Mit der Bewerbung kann das Einverständnis erteilt werden, dass die Verbandsgemeindeverwaltung politische Parteien und / oder Wählergruppen über den Eingang der Bewerbung informiert und / oder ihnen Einsicht in die Bewerbungsunterlagen gewährt; das Einverständnis kann auf eine oder mehrere Parteien und / oder Wählergruppen beschränkt werden. Die Abgabe oder Nichtabgabe einer solchen Erklärung hat auf das ordnungsgemäße Einreichen einer Bewerbung keinen Einfluss.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Führungszeugnis, Lichtbild, Zeugnisse usw.) werden erbeten **bis zum 23. Juli 2018** an die

Verbandsgemeindeverwaltung
Eisenberg (Pfalz)
- Bürgermeisterwahl -
z. Hd. des Wahlleiters
Hauptstraße 86
67304 Eisenberg (Pfalz)

2683.

Die VERBANDSGEMEINDEN GEROLSTEIN, HILLESHEIM UND OBERE KYLL fusionieren zum 1. Januar 2019 zur neuen Verbandsgemeinde Gerolstein.

Bei der neuen VERBANDSGEMEINDE GEROLSTEIN ist zum 1. Januar 2019 die Stelle

der hauptamtlichen Bürgermeisterin / des hauptamtlichen Bürgermeisters

zu besetzen.

Die künftige Verbandsgemeinde Gerolstein liegt im Landkreis Vulkaneifel. Der Verbandsgemeinde werden 36 Ortsgemeinden und 2 Städte mit insgesamt rd. 30.800 Einwohnern angehören. Die Stadt Gerolstein wird Sitz der Verbandsgemeindeverwaltung.

Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister wird am Sonntag, dem 21. Oktober 2018, unmittelbar von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt. Eine evtl. Stichwahl findet am Sonntag, dem 4. November 2018, statt.

Wählbar zur Bürgermeisterin / zum Bürgermeister ist, wer Deutsche / r im Sinne des Art. 116, Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik ist, am Tage der Wahl das 23. Lebensjahr vollendet hat, nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist. Ferner hat die Bewerberin / der Bewerber die Gewähr dafür zu bieten, dass er / sie jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Zur hauptamtlichen Bürgermeisterin / zum hauptamtlichen Bürgermeister kann nicht gewählt werden, wer zu Beginn der Amtszeit das 65. Lebensjahr bereits vollendet hat.

Von den Bewerberinnen und Bewerbern wird die Bereitschaft erwartet, nach der Wahl ihren Wohnsitz in der künftigen

Verbandsgemeinde Gerolstein zu nehmen.

Es erfolgt eine Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren. Die Besoldung der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters ist entsprechend der Kommunalbesoldungsverordnung Rheinland-Pfalz nach der Besoldungsgruppe B 4 vorgesehen; eine Besoldung nach der Besoldungsgruppe B 5 ist frühestens nach Ablauf einer Amtszeit von zwei Jahren möglich. Neben der Besoldung wird eine Dienstaufwandsentschädigung gezahlt.

Unabhängig von einer Bewerbung auf diese Ausschreibung ist zur Teilnahme an der Wahl die Einreichung eines förmlichen, termingerechten Wahlvorschlages durch eine Partei oder Wählergruppe oder als Einzelbewerber / in nach Maßgabe des § 62 Kommunalwahlgesetzes Rheinland-Pfalz erforderlich. Förmliche Wahlvorschläge sind bis zum 3. September 2018, 18.00 Uhr, einzureichen.

Weitere Einzelheiten zur Einreichung der Wahlvorschläge ergeben sich aus der amtlichen Wahlbekanntmachung, die spätestens am 13. August 2018 auf den Internetseiten www.gerolstein.de, www.hillesheim.de und www.oberekyll.de veröffentlicht wird.

Mit der Bewerbung kann das Einverständnis erteilt werden, die Bewerbung den politischen Parteien und Wählergruppen, die in den jetzigen Verbandsgemeinderäten vertreten sind, zur Verfügung zu stellen.

Bewerbungen mit den aussagefähigen Bewerbungsunterlagen werden **innerhalb von vier Wochen nach Veröffentlichung** dieser Anzeige (keine Ausschlussfrist!) erbeten an

Herrn Beauftragten und Wahlleiter Matthias Pauly
Kennwort: Bürgermeisterwahl
c / o Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein
Kyllweg 1
54568 Gerolstein

Bekanntmachungen der Gerichte

2684.

Öffentliche Zustellung

An den Antragsgegner Stephane Dith, letzte bekannte Adresse -Schutzbacher Weg 60, 57518 Alsdorf, derzeit ohne festen Wohnsitz, wird ein Schriftstück vom 15. Mai 2018 öffentlich zugestellt.

Das Schriftstück kann in den Räumen der Zivilabteilung des Amtsgerichts Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, Zimmer 314, 3. OG, eingesehen werden.

Mit der Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Betzdorf, den 14. Juni 2018

- 37 H 5/18 -

Das Amtsgericht

Ausschließungsbeschlüsse / Ausschlussurteile

2685.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Andernach Gemarkung Urmitz Blatt 3436 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 270.000,- DM und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Andernach Gemarkung Urmitz Blatt 3436 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 20.000,- DM werden für kraftlos erklärt.

Andernach, den 12. Juni 2018

- 67 UR II 437/17 -

Das Amtsgericht

2686.

Ausschließungsbeschluss: Die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Dürkheim Gemarkung Meckenheim Blatt 1689 in Abteilung III lfd. Nr. 9, 10, 11 und 12 eingetragenen Grundschulden zu jeweils 10.000,- EUR werden für kraftlos erklärt.

Bad Dürkheim, den 13. Juni 2018

- 1 UR II 5/17 -

Das Amtsgericht

2687.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Neuenahr-Ahrweiler Gemarkung Quiddelbach Blatt 869 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 7000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 1. Juni 2018

- 30 UR II 23/17 -

Das Amtsgericht

2688.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Hypovereinsbank Sparbuchnummer 128281690 ausgestellt für das Konto 236115658 Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Eleonore Leicht, letzte Anschrift: Ostring 11-15, 67227 Frankenthal (Pfalz), wird für kraftlos erklärt.

Frankenthal, den 11. Juni 2018

- 3 UR II 770/17 -

Das Amtsgericht

2689.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier Sparbuchnummer 304 292 386 ausgestellt für das Konto 304 292 386 Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Ilka Moser, Bergstraße 16, 54411 Hermeskeil, wird für kraftlos erklärt.

Hermeskeil, den 6. Juni 2018

- 1 UR II 2/18 -

Das Amtsgericht

2690.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz, Gemarkung Gonsenheim, Blatt 9964, in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 80.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 9964 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 130.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen werden für kraftlos erklärt.

Mainz, den 8. Juni 2018

- 73 UR II 7/18 -

Das Amtsgericht

2691.

D. Ausschließungsbeschluss des Amtsgerichts Neuwied vom 6. Juni 2018 wird im Tenor wie folgt berichtigt:

I. Folgenden Nachlassgläubigern werden ihre angemeldeten Forderungen gegen den Nachlass der am 17.5.2017 verstorbenen Monika Agnes Bette Wilmes vorbehalten: Gläubiger: 1. Die PVS Limburg-Lahn. Gegenstand der Forderung: 107,23 EUR. Grund: Behandlungskosten. Gläubiger: 2. DRK Rettungsdienst, Rhein-Lahn-Westerwald gGmbH. Gegenstand der Forderung: 1145,94 EUR. Grund: Rettungstransport/Notarzt. Gläubiger: 3. Marienhausklinikum Bendorf-Neuwied-Waldbreitbach. Gegenstand der

Forderung: 1001,16 EUR. Grund: Behandlungskosten. Gläubiger: 4. Herr Helge Werner Hillen. Gegenstand der Forderung: 3466,62 EUR. Grund: Steuerunterlagen. Gläubiger: 5. Katholisches Klinikum Koblenz Montabaur gGmbH. Gegenstand der Forderung: 10.707,62 EUR. Grund: Krankenhausaufenthalt. Gläubiger: 6. Frau Imke Dombrowski. Gegenstand der Forderung: 5891,08 EUR. Grund: Steuererklärung.

Neuwied, den 14. Juni 2018

- 40 UR II 29/17 - Das Amtsgericht

2692.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Donnersberg Sparbuchnummer 302140611 ausgestellt für das Konto 302140611, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Herr Wilhelm Weber, verstorben am 26.12.2016, wird für kraftlos erklärt.

Rockenhausen, den 8. Juni 2018

- 3 UR II 3/18 - Das Amtsgericht

2693.

Ausschließungsbeschluss: Die Gläubiger, die ihre Forderungen gegen den Nachlass der Erblasserin Käthe Paula Pantle, letzte Anschrift: 56288 Zilshausen, in dem Aufgebotsverfahren vor dem Amtsgericht Simmern/Hunsrück, Aktenzeichen 33 UR II 5/18, nicht wirksam angemeldet haben, können von dem Erben nur insoweit Befriedigung ihrer Forderungen verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt; ihr Recht, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, bleibt unberührt.

Simmern, den 12. Juni 2018

- 33 UR II 5/18 - Das Amtsgericht

2694.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Bodendorf Blatt 1856 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 5000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Sinzig, den 11. Juni 2018

- 5a UR II 1/18 - Das Amtsgericht

2695.

Ausschließungsbeschluss: Die folgenden im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Eitelsbach auf Blatt 499 Flur 4 Flurstück 12/1, Verkehrsfläche, Eitelsbacher Straße (68 qm groß), eingetragenen Miteigentümer werden mit ihren Rechten ausgeschlossen: A) Herr Peter Schichel. Letzter bekannter Wohnsitz des Grundstückseigentümers: Kalk bei Cöln; B) Elisabeth Schichel. Letzter bekannter Wohnsitz der Grundstückseigentümerin: Eitelsbach; C) Katharina Schell, geb. Schichel. Letzter bekannter Wohnsitz der Grundstückseigentümerin: Eitelsbach; D) Matthias Schichel. Letzter bekannter Wohnsitz des Grundstückseigentümers: Eitelsbach; E) Maria Schell. Letzter bekannter Wohnsitz der Grundstückseigentümerin: Eitelsbach.

Trier, den 2. Mai 2018

- 50A UR II 23/17 - Das Amtsgericht

2696.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6105664, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Trier Blatt 26512 in

Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 76.693,78 EUR mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 12. Juni 2018

- 50A UR II 61/17 - Das Amtsgericht

2697.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 6088412 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Westerburg Gemarkung Molsberg Blatt 741 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 43.971,10 EUR nebst 7 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Westerburg, den 12. Juni 2018

- 26b UR II 21/17 - Das Amtsgericht

Aufgebote

2698.

Herr Peter Norbert Herbert Mau, Wilhelmstraße 40, 67122 Altrip, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Dürkheim Gemarkung Bad Dürkheim Blatt 4337 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 36.000,- DM mit bis zu 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Badische Landesbausparkasse Karlsruhe; jetzt: Landesbausparkasse Südwest mit Sitz in Stuttgart.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 14. September 2018** vor dem Amtsgericht Bad Dürkheim anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bad Dürkheim, den 8. Juni 2018

- 1 UR II 2/18 - Das Amtsgericht

2699.

Herr Jürgen Hoffmann als Nachlasspfleger für die unbekannten Erben der Frau Anna Gertrud Weingärtner, Hauptstraße 34, 55596 Waldböckelheim, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Hypothekenbrief Gruppe 1 Briefnummer 018904 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Kirn Blatt 2769 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek zu 10.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Städtische Sparkasse Kirn, Kirn.

Der Inhaber des Hypothekenbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 11. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Bad Sobernheim anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bad Sobernheim, den 11. Juni 2018

- 6 UR II 8/18 - Das Amtsgericht

2700.

Frau Ruth Maria Bender, Strahlenbach 10, 51598 Friesenhagen, und Herr Lorenz Alexander David Bender, Amselweg 3, 57548 Kirchen, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Betzdorf Gemarkung Kirchen Blatt 2387 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek zu 10.000,- DM

mit 7 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Altenkirchen in Altenkirchen.

Der Inhaber des Hypothekenbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 12. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Betzdorf anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Betzdorf, den 12. Juni 2018

- 41 UR II 10/18 - Das Amtsgericht

2701.

Frau Birgit Maria Mutsch, Flockenberg 31, 54662 Speicher, hat den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Briefnummer 101801, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bitburg Gemarkung Speicher Blatt 3620 in Abteilung III Nr. 1 (vorher Blatt 1921 in Abt. III Nr. 4) eingetragene Grundschuld zu 20.800,- DM nebst 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung Ludwigsburg. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 3824291, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bitburg Gemarkung Speicher Blatt 3620 in Abteilung III Nr. 2 (vorher Blatt 1921 in Abt. III Nr. 5) eingetragene Grundschuld zu 65.000,- DM nebst 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Trier in Trier.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Bitburg anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird.

Bitburg, den 13. Juni 2018

- 5 UR II 3/18 - Das Amtsgericht

2702.

Die Raiffeisenbank Zeller Land eG, 56867 Briedel, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Cochem Gemarkung Bremm Blatt 2254 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 15.000,- DM nebst 10 % Jahreszinsen, gemäß Bewilligung vom 4. Februar 1970. Eingetragene Berechtigte: Raiffeisenkasse Bremm eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Bremm.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 12. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Cochem anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Cochem, den 12. Juni 2018

- 2 UR II 5/18 - Das Amtsgericht

2703.

Die Sparkasse Gernersheim-Kandel, Gartenstraße 3, 76870 Kandel, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief der Gruppe 4 mit der Nr. 171910 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Gernersheim Gemarkung Hördt Blatt 1122 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 10.000,- DM. Eingetragener Berechtigter: Kreis- und Stadtparkasse Gernersheim (Rechtsnachfolger: Sparkasse Gernersheim-Kandel mit Sitz in Kandel).

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 17. August 2018** vor dem Amtsgericht Gernersheim anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Gernersheim, den 13. Juni 2018

- 1a UR II 1/18 - Das Amtsgericht

2704.

Frau Cäcilie Mindermann, Fritz-von-Wille-Straße 6, 54286 Trier, hat den Antrag auf Ausschließung der Eigentümer mehrerer Grundstücke bei Gericht eingereicht. Betroffen sind die Grundstücke: 1) Amtsgericht Hermeskeil Gemarkung Prosterath Blatt 813 BV-Nr. 1 Flur 11 Nr. 115 (Waldfläche, Zwischen den Waldungen); BV-Nr. 2 Flur 12 Nr. 203 (Landwirtschaftsfläche, Unter der Perg). Eigentümer laut Grundbucheintrag: Herr Nikolaus Cornely, geb. am 30.6.1859. 2) Amtsgericht Hermeskeil Gemarkung Prosterath Blatt 809 BV-Nr. 1: Flur 11 Nr. 15 (Waldfläche, Am Wäldchen); BV-Nr. 2: Flur 12 Nr. 159 (Landwirtschaftsfläche, Im Jungewald); BV-Nr. 3: Flur 12 Nr. 204 (Landwirtschaftsfläche, Unter der Perg); BV-Nr. 4: Flur 12 Nr. 212 (Landwirtschaftsfläche, Unter den Buchen); BV-Nr. 5: Flur 13 Nr. 93 (Waldfläche, Unterste Birket); Eigentümer laut Grundbucheintrag: Herr Nikolaus Cornely und Frau Maria Cornely geb. Barth, in Fahrgemeinschaft. 3) Amtsgericht Hermeskeil Gemarkung Prosterath Blatt 812 BV-Nr. 1 Flur 12 Nr. 202 (Waldfläche, Unter der Perg). Eigentümer laut Grundbucheintrag: a) Frau Maria Cornely geb. Spreitzer, geb. am 13.7.1907, b) Frau Cäcilie Mindermann geb. Cornely, geb. am 18.12.1938, c) Herr Erwin Cornely, geb. am 11.6.1940, in Erbengemeinschaft (nach Peter Cornely). 4) Amtsgericht Hermeskeil Gemarkung Neunkirchen (Hunsrück) Blatt 544 BV-Nr. 2 Flur 6 Nr. 2 (Landwirtschaftsfläche, Alte Fuhr); BV-Nr. 3 Flur 6 Nr. 19/3 (Landwirtschaftsfläche, Alte Fuhr). Eigentümer laut Grundbucheintrag: Herr Nikolaus Cornely, Sohn von Nikolaus Cornely.

Die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer werden aufgefordert, ihre Eigentümerrechte **spätestens bis zu dem 15. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Hermeskeil anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Rechte als Eigentümer erfolgen wird.

Hermeskeil, den 13. Juni 2018

- 1 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

2705.

Frau Elfriede Cäcilie Kühn, Bienengarten 7, 56072 Koblenz, diese vertreten durch Cäcilie Kühn und Frau Cäcilie Radtke, Siegburger Straße 8, 56072 Koblenz, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Hypothekenbrief, Gruppe 1, Briefnummer 056759, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Güls Blatt 3606 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Hypothek zu 10.000,- DM mit mind. 6 und höchstens 11 % Zinsen jährlich, einschließlich eines im Falle des Verzugs zu entrichtenden Zinszuschlags vom 16. September 1965 ab. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Koblenz, Bahnhofstraße 11, 56068 Koblenz.

Der Inhaber des Hypothekenbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 1. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Koblenz, den 30. Mai 2018

- 151 UR II 21/18 - Das Amtsgericht

2706.

Herr Piero Benzoni, Grunbe Labach 6, 66916 Breitenbach, und Frau Ingrid Benzoni, Grube Labach 6, 66916 Breitenbach, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 5280943 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landstuhl Gemarkung Breitenbach Blatt 596 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 15.338,76 EUR mit 16 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Allianz Dresdner Bauspar AG, Am Sonnenplatz 1, 61118 Bad Vilbel.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 8. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Landstuhl anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landstuhl, den 7. Juni 2018

- 2 UR II 8/18 - Das Amtsgericht

2707.

Herr Bernd Gottschalk, Oppenheimer Straße 60, 55130 Mainz, und Frau Ute Gottschalk, Oppenheimer Straße 60, 55130 Mainz, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Laubenheim-Mainz Blatt 4020 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 54.600,- DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: BHW Bausparkasse Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Mainz, den 13. Juni 2018

- 73 UR II 47/18 - Das Amtsgericht

2708.

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Crailsheimer Straße 52, 74520 Schwäbisch Hall, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Mertloch Blatt 1485 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 25.000,- DM mit bis zu 10,5 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch Hall Aktiengesellschaft - Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken - in Schwäbisch Hall.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 12. September 2018** vor dem Amtsgericht Mayen anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Mayen, den 12. Juni 2018

- 2 UR II 6/18 - Das Amtsgericht

2709.

Frau Walburga Seidel, Schulstraße 24 a, 56736 Kottenheim, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Mayen Blatt 5451 in Abteilung

III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 102.000,- DM mit 12,5 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Mayen in Mayen.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. September 2018** vor dem Amtsgericht Mayen anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Mayen, den 13. Juni 2018

- 2 UR II 10/18 - Das Amtsgericht

2710.

Iris Müller-Schulte, Sophienstraße 40, 67550 Worms, hat als Testamentsvollstreckerin über den Nachlass der verstorbenen Hildegard Elisabeth Müller den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 6 Briefnummer 136619 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Heiligkreuz Blatt 1908 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 30.677,51 EUR mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Volksbank Trier eGmbH; jetzt: Volksbank Trier eG, Herzogenbuscher Straße 16 - 18, 54292 Trier. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 0283628 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Heiligkreuz Blatt 1908 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 57.878,24 EUR mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Bausparkasse Schwäbisch Hall Aktiengesellschaft - Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken, Crailsheimer Straße 52, 74523 Schwäbisch Hall (außerhalb des Grundbuchs abgetreten an die Volksbank Trier eG, Herzogenbuscher Straße 16 - 18, 54292 Trier). Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 1556658 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Heiligkreuz Blatt 1908 in Abteilung III Nr. 5 eingetragene Grundschuld zu 153.387,56 EUR mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Volksbank Trier eGmbH; jetzt: Volksbank Trier eG, Herzogenbuscher Straße 16 - 18, 54292 Trier.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 8. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird.

Trier, den 6. Juni 2018

- 50A UR II 20/18 - Das Amtsgericht

2711.

Frau Ines Schmidt, Südstraße 2, 56479 Westernohe, Frau Siena Krauss, Überschaar 2, 35753 Greifenstein, Herr Swen Werner, Lange Gewann 23, 57299 Burbach, Frau Tamara Blas Marrupe, Bergweg 2, 56472 Lautzenbrücken, und Herr Francisco Javier Rico Puerto, Bergweg 2, 56472 Lautzenbrücken, haben den Antrag auf Abschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Westerbürg Gemarkung Lautzenbrücken Blatt 626. Bezeichnung: Flur 1 Parzelle 158 + 154, Bergweg 2, in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Buchhypothek zu 30.000,- DM gemäß Bewilligung vom 30. November 1990 (Urkunde 1716/1990 E, Notar Hermann Engel in Westerbürg). Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: Herbert Willi Kuhr, geb. am 24. 4. 1910, verstorben am 10. 4. 1994, und Helene Kuhr geb. Kaeswurm, geb. am 17. 5. 1909, verstorben am

24. 5. 1997, als Gesamtgläubiger, beide zuletzt wohnhaft in Düsseldorf, Dechenweg 52.

Die Grundpfandrechtsgläubiger bzw. deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 6. September 2018** bei dem Amtsgericht Westerburg anzumelden, da sie ansonsten mit ihren Rechten ausgeschlossen werden und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwirbt.

Westerburg, den 6. Juni 2018

- 26d UR II 17/17 - Das Amtsgericht

2712.

Frau Waltraud Finkler, Schulstraße 7, 57629 Steinebach, hat den Antrag auf Ausschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Westerburg, Gemarkung Steinebach (Wied) Blatt 695 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 12.000,- DM. Belastetes Grundstück: lfd. Nr. 1 Flur 4 Nr. 23, Landwirtschaftsfläche, Backhauswiese, 1980 qm. Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: Herr Albrecht Tode. Letzter bekannter Wohnsitz des Grundpfandrechtsgläubigers: Borsigallee 9, Bonn.

Der Grundpfandrechtsgläubiger bzw. seine Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 8. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Westerburg anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der

Gläubigerrechte erfolgen und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Westerburg, den 8. Juni 2018

- 26c UR II 4/18 - Das Amtsgericht

2713.

Herr Rainer Benner, Parkstraße 26, 57647 Nistertal, Frau Monika Bleßmann, Waldstraße 27, 56459 Brandscheid, Herr Andreas Benner, Am Wassergraben 8, 57642 Alpenrod, und Herr Norbert Benner, Büdinger Straße 11, 57647 Nistertal, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 4 Briefnummer 064664 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Westerburg Gemarkung Büdingen Blatt 852 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 1.840,65 EUR nebst 5,5 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: BHW Bausparkasse AG (vormals: Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH), Lubahnstraße 2, 31789 Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 12. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Westerburg anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Westerburg, den 12. Juni 2018

- 26b UR II 5/18 - Das Amtsgericht

Zwangsversteigerungsverfahren

- Terminbestimmungen -

Die nachstehenden unter lfd. Nr. 2714 bis 2737 bezeichneten Grundstücke (Erbbaurechte) sollen zu den dort angegebenen Zeiten versteigert werden. In jeder dieser Zwangsversteigerungssachen erlässt das Gericht folgende Aufforderungen:

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller widerspricht. Andernfalls wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Rangges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks, des Erbbaurechtes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, so tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

2714.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 6. September 2018, 10.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bad Kreuznach Gemarkung Bad Kreuznach Flur 69 Flurstück Nr. 140, Gebäude- und Freifläche, Schuhgasse 1, 93 m², Blatt 11737 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): zweiseitig angebautes, dreigeschossiges, unterkellertes Mehrfamilienwohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss; Verkehrswert: 334.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 15. Mai 2018

- 35 K 36/17 - Das Amtsgericht

2715.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 9. Oktober 2018, 14.15 Uhr**, Raum 109, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Scheuerfeld Gemarkung Scheuerfeld Flur 1 Flurstück Nr. 87/2, Gebäude- und Freifläche, Kirchstraße 3, 366 m², Blatt 1138 BV 5. Zusatz: Einfamilienhaus. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus; Verkehrswert: 34.600,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungstermin ist am 17. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 12. Juni 2018

- 14 K 69/17 - Das Amtsgericht

2716.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 1. August 2018, 9.00 Uhr**, Raum 101, Sitzungssaal, Amtsgericht Bingen am Rhein, Mainzer Straße 52, 55411 Bingen am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Waldalgesheim Gemarkung Waldalgesheim Flur 21 Flurstück Nr. 195, Gebäude- und Freifläche, Frankenstraße 42, 562 m², Blatt 2857 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Laut Gutachten - wobei eine Innenbesichtigung nicht stattgefunden hat - handelt es sich um ein 1 1/2-geschossiges - vermutlich unterkellertes - Einfamilienwohnhaus als freistehendes Gebäude mit Garage. Das Baujahr ist ca. 1984 und die Wohnfläche beträgt ca. 140 qm, wobei beide Angaben mangels Unterlagen nicht geprüft werden konnten; Verkehrswert: 250.000,- EUR.

Weitere Informationen hierzu sind im Internet unter www.zvrp.de zu finden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. September 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bingen am Rhein, den 7. Juni 2018

- 4 K 54/15 - Das Amtsgericht

2717.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 13. August 2018, 10.15 Uhr**, Raum 200, Sitzungssaal, Ravenstraße 39, 56812 Cochem, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bad Bertrich lfd.Nr. 1 Gemarkung Bad Bertrich Flur 5 Flurstück Nr. 1731/65, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Kurfürstenstraße 12, 574 m², Blatt 817 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Bad Bertrich Flur 5 Flurstück Nr. 1731/67, Gebäude- und Freifläche, Kurfürstenstraße 12, 594 m², Blatt 817 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Bad Bertrich Flur 5 Flurstück Nr. 1731/69, Gebäude- und Freifläche, Kurfürstenstraße 12, 223 m², Blatt 817 BV 3; lfd. Nr. 4 Gemarkung Bad Bertrich Flur 5 Flurstück Nr. 1731/180, Gebäude- und Freifläche, Kurfürstenstraße 12, 15 m², Blatt 817 BV 4. lfd. Nr. 1: Verkehrswert: 11.400,- EUR. lfd. Nr. 2: Verkehrswert: 40.700,- EUR. lfd. Nr. 3: Verkehrswert: 7600,- EUR. lfd. Nr. 4: Verkehrswert: 300,- EUR. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Die Grundstücke bilden eine wirtschaftliche Einheit. Das aufstehende Gebäude ist ein Dreifamilienhaus, zweigeschossig, nicht unterkellert, mit ausgebautem Dachgeschoss, Bj. Anfang der 1960er Jahre, nach 2010 tlw. modernisiert; derzeit mit Unterhaltungs-, Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf.

Weitere Informationen und Bilder unter www.hanmark.de ab 4 Wochen vor dem Termin.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Cochem, den 13. Juni 2016

- 14 K 30/17 - Das Amtsgericht

2718.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 6. November 2018, 13.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Diez, Schloßberg 11, 65582 Diez, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bremberg lfd. Nr. 1 Gemarkung Bremberg Flur 5 Flurstück Nr. 66, Gebäude- und Freifläche, Brunnenburgstraße 1, 356 m², Blatt 646 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung

kung Bremberg Flur 5 Flurstück Nr. 67, Gebäude- und Freifläche, Brunnenburgstraße 3, 466 m², Blatt 646 BV 2. Zusatz zu lfd. Nr. 1: zu je 1/2-Anteil; Zusatz zu lfd. Nr. 2: zu je 1/2-Anteil. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Doppelhaus Nr. 1 und Teil Scheune 2; Verkehrswert: 42.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Doppelhaus Nr. 3, Scheune 1 und Teil Scheune 2; Verkehrswert: 38.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. Juni 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Diez, den 7. Mai 2018

- 10 K 16/17 - Das Amtsgericht

(Diese Bekanntmachung ersetzt die Veröffentlichung im Staatsanzeiger Nr. 18 vom 28. Mai 2018 lfd. Nr. 2319.)

2719.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 10. September 2018, 10.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Diez, Schloßberg 11, 65582 Diez, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Dornholzhausen Gemarkung Dornholzhausen Flur 1 Flurstück Nr. 130, Gebäude- und Freifläche, Ringstraße 1, 723 m², Blatt 366 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnhaus; Verkehrswert: 82.000,- EUR.

Der Versteigerungstermin ist am 14. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Diez, den 1. Juni 2018

- 10 K 19/17 - Das Amtsgericht

2720.

Im Wege der Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung von Gemeinschaften soll das im Grundbuch von Albersbach Blatt 98 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Dienstag, dem 16. Oktober 2018, 13.00 Uhr**, Sitzungssaal 15, Amtsgericht Kaiserslautern, Justizzentrum, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, versteigert werden.

Grundstück Flurstück 375/7 der Gemarkung Albersbach, Landwirtschaftsfläche, Büsch, zu 4890 qm. Der Verkehrswert ist festgesetzt auf 2200,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 10. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen.

Weitere Informationen im Internet unter www.versteigerungspool.de.

Kaiserslautern, den 12. Juni 2018

- 4 K 1/18 - Das Amtsgericht

2721.

Im Wege der Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Queidersbach Blatt 2411 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Donnerstag, dem 18. Oktober 2018, 13.00 Uhr**, Sitzungssaal 15, Amtsgericht Kaiserslautern, Justizzentrum, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, versteigert werden.

Grundstück Flurstück 4272 der Gemarkung Queidersbach, Waldfläche, Reisberg, zu 1400 qm. Der Verkehrswert ist festgesetzt auf 1600,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 5. März 2018 in das Grundbuch eingetragen.

Weitere Informationen im Internet unter www.versteigerungspool.de.

Kaiserslautern, den 12. Juni 2018

- 4 K 15/18 - Das Amtsgericht

2722.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 26. September 2018, 14.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Grumbach Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 1/3, Sondereigentums-Art: Sondereigentum an den im Aufteilungsplan mit Nr. II bezeichneten Räumen, Blatt 1106 BV 1; an Grundstück Gemarkung Grumbach Flur 1 Flurstück Nr. 217/2, Betriebsfläche, Gebäude- und Freifläche, In der Hohl 4, 4a, 685 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnhaus; massiv; zweigeschossig; Dachgeschoss nicht ausgebaut; voll unterkellert; Baujahr um 1967; ältere Öl-Zentralheizung; Satteldach; Balkon im OG; Verkehrswert: 46.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 74 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. April 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 14. Juni 2018

- 1 K 25/13 (2) - Das Amtsgericht

2723.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 25. September 2018, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Neunkirchen (Potsberg) Gemarkung Neunkirchen (Potsberg) Flur/Flurstück Nr. 2145, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 633 m², Blatt 469 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Laut Gutachten: voll unterkellertes zweigeschossiges Einfamilienhaus mit rückwärtigem Anbau, Einzelgarage, Baujahr ca. 1920 geschätzt, ca. 1975 Aufstockung mit Ausbau Ober- und Dachgeschoss. Aufgrund eines erheblichen Wasserschadens während der Leerstandszeit, welcher nicht behoben wurde, liegt im Wesentlichen ein mangelnder baulicher Zustand vor. Verkehrswert: 61.500,- EUR; entsprechend 30.750,- EUR je hälftigem Miteigentumsanteil. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 30. September 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 7. Juni 2018

- 1 K 46/15 (2) - Das Amtsgericht

2724.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 26. September 2018, 14.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Heinzenhausen 1/8-Anteil

Abt. I Nr. 4 b sowie 1/8-Anteil Abt. I Nr. 6.1 - 6.5 an lfd. Nr. 1 Gemarkung Heinzenhausen Flur/Flurstück 510/30, Verkehrsfläche, Am Horzberg, 62 m², Blatt 285 BV 1; eingetragen im Grundbuch von Heinzenhausen lfd. Nr. 2 Gemarkung Heinzenhausen Flur/Flurstück 510/26, Gebäude- und Freifläche, Am Horzberg, 385 m², Blatt 303 BV 1. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): versiegelte Verkehrsfläche; Baujahr: 2003; Modernisierung: keine. Unterbau: Frostschutzschicht als trag- und versickerungsfähige Schotterfläche. Oberbau: Betonwerksteinpflaster, befahrbar, Tragfähigkeit über 7,5 t Lastverkehr ist nicht nachgewiesen. Keine nennenswerten Baumängel / Bauschäden, welche außerhalb eines gebrauchstüblichen Verbrauchs des Abnutzungsvorrates liegen; guter baulicher Zustand, kein Renovierungs- und Instandhaltungsrückstand. Verkehrswert: 3300,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gebäudeart: freistehendes 2-geschossiges Ein-/Zweifamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss; das Gebäude ist nicht unterkellert. Baujahr: Hauptgebäude 2003; Nebengebäude/Gartenhaus 2003. Modernisierung: keine. Gebäudeenergieeffizienz/-klasse: Für das Wohngebäude liegt ein Energiebedarfsausweis nach § 13 Energiesparverordnung für ein Gebäude mit normalen Innentemperaturen vor (Ing. Büro Ludwig in 55743 Idar-Oberstein). Außenansicht: Gebäude insgesamt verputzt und gestrichen, ohne mittelbar erkennbaren Instandhaltungs- und Renovierungsstau. Besonnung und Belichtung: gut, da Wohnräume größtenteils nach Süden sowie Nebennutzräume wie Bad und HWR/Technik nach Norden ausgerichtet. Verkehrswert: 186.000,- EUR. Der Gesamtverkehrswert beträgt 189.300,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Die Versteigerungsvermerke wurden jeweils am 18. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen.

Kusel, den 13. Juni 2018

- 1 K 48/17 - Das Amtsgericht

2725.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 18. September 2018, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Sankt Julian-Obereisenbach Gemarkung Sankt Julian-Obereisenbach Flur/Flurstück Nr. 1955/12, Landwirtschaftsfläche, Bergstraße 40, 833 m², Blatt 723 BV 6. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Unbebautes Grundstück; Verkehrswert: 28.155,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Februar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 7. Juni 2018

- 1 K 6/18 - Das Amtsgericht

2726.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 16. August 2018, 10.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Friesenheim (Ludwigshafen) Gemarkung Friesenheim (Ludwigshafen) Flur/Flurstück 175/28, Hof- und Gebäude-

fläche, Ritterstraße 63, 114 m², Blatt 2995 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): zweigeschossiges, unterkellertes Zweifamilienhaus mit zwei derzeit nicht abgeschlossenen Wohneinheiten, EG: 2 ZKB und WC, Wfl. ca. 54,10 qm, OG: 2 ZKB/WC und Abstellraum, Wfl. ca. 55,60 qm, DG: 2 derzeit nicht zu Wohnzwecken geeignete Räume, Schuppen im Hof, Bj. 1913 - ohne Gewähr-; Verkehrswert: 167.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Rechtsanwältin Daniela Müller, Tel.Nr. 06101 5050966, Az. 2872692 A9M.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. Juni 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 12. Juni 2018

- 3 K 39/17 - Das Amtsgericht

2727.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 15. August 2018, 13.30 Uhr**, Raum C 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Neustadt an der Weinstraße, Robert-Stolz-Straße 20, 67433 Neustadt an der Weinstraße, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Lambrecht Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 1 ME-Anteil 60/100 Sondereigentums-Art: Wohnung im Erd- und Dachgeschoss und der Garage, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. II, Blatt 2069 BV 1; lfd. Nr. 2 ME-Anteil 40/100 Sondereigentums-Art: Wohnung im Untergeschoss und der Garage, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. I, Sondernutzungsrecht an der Terrasse vor dem Wohnzimmer der Wohnung Nr. I, Blatt 2068 BV 1; an Grundstück Gemarkung Lambrecht Flur/Flurstück 621/3, Freifläche, An der Gartenstraße, 525 m². Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist mit einem Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung bebaut. Einheit Nr. II ist Erd- und Dachgeschoss und Garage. Fläche W II = 118 qm. Objektadresse: Gartenstraße 65, 67466 Lambrecht. Verkehrswert: 96.900,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung (Untergeschoss) und Garage. Gesamtwohnfläche ca. 65 qm, Nutzfläche ca. 5 qm. Objektadresse: 67466 Lambrecht, Gartenstraße 65. Verkehrswert: 54.100,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. Dezember 2012 (AT II, Wohnung Erd- und Dachgeschoss und Garage) und 7. November 2012 (AT I, Wohnung Untergeschoss und Garage) in das Grundbuch eingetragen worden.

Neustadt an der Weinstraße, den 14. Juni 2018

- 1 K 35/12 (2) - Das Amtsgericht

2728.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 16. August 2018, 13.30 Uhr**, Raum C 9, Sitzungssaal, Amtsgericht Neustadt an der Weinstraße, Robert-Stolz-Straße 20, 67433 Neustadt an der Weinstraße, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Lambrecht je 1/2-Anteil an lfd.Nr. 1 Gemarkung Lambrecht Flur/Flurstück 975/3, Gebäude- und Freifläche, Ernst-Reuter-Straße 8, 683 m², Blatt 2286 BV 2; lfd. Nr. 2 Gemarkung Lambrecht Flur/Flurstück 975/3, Gebäude- und Freifläche, Ernst-Reuter-Straße 8, 683 m², Blatt

2286 BV 2. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Es handelt sich um ein Einfamilienwohnhaus mit ausgebautem DG (1 1/2-geschossig), teilunterkellert mit Anbau, Terrasse und Garten, Baujahr ca. 1964, Anbau ca. 2005, Wohnfläche ca. 145 qm, Grundstücksgröße 650 qm. Es besteht Sanierungsstau bzw. Fertigstellungsbedarf. Das Objekt ist eigen genutzt. Objektanschrift: Ernst-Reuter-Straße 8, 67466 Lambrecht. Verkehrswert: 73.000,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Es handelt sich um ein Einfamilienwohnhaus mit ausgebautem DG (1 1/2-geschossig), teilunterkellert mit Anbau, Terrasse und Garten, Baujahr ca. 1964, Anbau ca. 2005, Wohnfläche ca. 145 qm, Grundstücksgröße 650 qm. Es besteht Sanierungsstau bzw. Fertigstellungsbedarf. Das Objekt ist eigen genutzt. Objektanschrift: Ernst-Reuter-Straße 8, 67466 Lambrecht. Verkehrswert: 73.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 74 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. Dezember 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Neustadt an der Weinstraße, den 14. Juni 2018

- 1 K 41/15 - Das Amtsgericht

2729.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Bolanden Blatt 1520 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Donnerstag, dem 30. August 2018, um 10.00 Uhr**, im Amtsgericht Rockenhausen, Kreuznacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Erdgeschoss, Sitzungssaal 2, versteigert werden.

1 Bolanden Fl.St. 520/26, Gebäude- und Freifläche, Im See, 299 m². Die Hausnummer lautet 40. Verkehrswert gemäß §§ 74 a, 64 ZVG: Grundstück: 157.000,- EUR; Hälfteanteile jeweils: 78.500,- EUR.

Gemäß Gutachten handelt es sich um ein Einfamilienwohnhaus in einem normalen Unterhaltungszustand mit diverser Sanierungs-/Fertigstellungsbedarf, eingeschossig, unterkellert mit ausgebautem Dachgeschoss und Spitzboden sowie um eine Garage/Nebengebäude. Wohnfläche ca. 92 m². Die Garage (Nebengebäude) ist zu Wohnzwecken ausgebaut, jedoch nach Ansicht des Gutachters zu solchem nicht genehmigt. Der Spitzboden ist tlw. ausgebaut, entspricht jedoch nicht den Anforderungen an Aufenthaltsräume nach LBauO. Zusätzlich Brunnen/Zisterne.

Beschlagnahme: 7. Februar 2018.

Nähere Informationen unter www.versteigerungspool.de ca. 4 Wochen vor dem Versteigerungstermin.

Rockenhausen, den 6. Juni 2018

- 2 K 7/18 - Das Amtsgericht

2730.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Montag, dem 10. September 2018, 14.00 Uhr**, Raum 23, Sitzungssaal, Amtsgericht Sinzig, Barbarossastraße 21, 53489 Sinzig, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Schalkenbach Gemarkung Schalkenbach Flur 25 Flurstück Nr. 86, Erholungsfläche, Bröhlstraße, 870 m², Blatt 1588 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): ein mit einem

freistehenden, nicht unterkellerten, eingeschossigen Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und mit einer daran angrenzenden PKW-Doppelgarage bebautes Grundstück; Verkehrswert: 204.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. November 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Sinzig, den 30. Mai 2018

- 6 K 41/17 - Das Amtsgericht

2731.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 4. September 2018, 11.00 Uhr**, Raum 118, Sitzungssaal, Amtsgericht St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Werlau lfd.Nr. 1 Gemarkung Werlau Flur 18 Flurstück Nr. 78/2, Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche, Rheingoldstraße 49, 948 m², Blatt 1544 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Werlau Flur 18 Flurstück Nr. 78/4, Gebäude- und Freifläche, Rheingoldstraße, 192 m², Blatt 1544 BV 2. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist bebaut mit zwei Einfamilienhäusern. Hierbei handelt es sich um einen zweigeschossigen, unterkellerten Altbau aus dem Jahr 1900 (Sanierung 1967) und einen zweigeschossigen nicht unterkellerten Neubau (Baujahr 1974). Das Dachgeschoss ist jeweils zu Wohnzwecken ausgebaut; Verkehrswert: 140.000,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebaute Wohnbaufläche; Verkehrswert: 7000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 17. August 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 23. Mai 2018

- 1 K 51/11 - Das Amtsgericht

2732.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 5. September 2018, 10.30 Uhr**, Raum 56, Sitzungssaal, Amtsgericht Trier, Justizstraße 2, 4, 6, 54290 Trier, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Heidenburg lfd. Nr. 1 Gemarkung Heidenburg Flur 17 Flurstück Nr. 11, Landwirtschaftsfläche, In der Steinkaul, Waldfläche, 4310 m², Blatt 1373 BV 7; lfd. Nr. 2 Gemarkung Heidenburg Flur 19 Flurstück Nr. 54, Waldfläche, Frenzens Rech, 2380 m², Blatt 1373 BV 8; lfd. Nr. 3 Gemarkung Heidenburg Flur 15 Nr. 7/2, Gebäude- und Freifläche, Grenzstraße 14, 293 m², Blatt 1373 BV 9. Zusatz zu lfd. Nr. 1: in Erbengemeinschaft; Zusatz zu lfd. Nr. 2: in Erbengemeinschaft; Zusatz zu lfd. Nr. 3: in Erbengemeinschaft. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 1724,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 714,- EUR. Lfd. Nr. 3: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus, freistehend, Bauj. 1973; Verkehrswert: 93.300,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 5. Juni 2018

- 23 K 67/17 - Das Amtsgericht

Staatsanzeiger

für das Land Rheinland-Pfalz

G 6436

Postvertriebsstück - Entgelt bezahltStaatskanzlei Rheinland-Pfalz
Postfach 3880, 55028 Mainz**2733.**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 7. November 2018, 9.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Alpenrod lfd.Nr. 1 Gemarkung Alpenrod Flur 2 Flurstück Nr. 179, Verkehrsfläche, Schulstraße, 179 m², Blatt 3042 BV Nr. 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Alpenrod Flur 2 Flurstück Nr. 181, Erholungsfläche, Schulstraße 21, 901 m², Blatt 3042 BV Nr. 3. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung: Unbefestigter Privatweg; Verkehrswert: 4000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage: Unbebautes Grundstück / Bauplatz (mit Gebäuderesten - ehem. Schuppen/Stall); Verkehrswert: 31.500,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. Mai 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 28. Mai 2018

- 11 K 51/16 - Das Amtsgericht

2734.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 27. September 2018, 9.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Stahlhofen (Wiesensee) Gemarkung Stahlhofen (Wiesensee) Flur 1 Flurstück Nr. 12, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 8, 344 m², Blatt 658 BV Nr. 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilien-Wohnhaus mit Scheune; Verkehrswert: 46.700,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 5. Juni 2018

- 11 K 98/17 - Das Amtsgericht

2735.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 21. November 2018, 9.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Rennerod lfd.Nr. 1 Gemarkung Rennerod Flur 17 Flurstück Nr. 21/2, Gebäude- und Freifläche, Steilgasse 4, 586 m², Blatt 1935 BV Nr. 3; lfd. Nr. 2 Gemarkung Rennerod Flur 17 Flurstück Nr. 23/3, Gebäude- und Freifläche, Steilgasse 4, 169 m², Blatt 1935 BV Nr. 4. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung: Das Grundstück ist mit einem freistehenden, massiv erstellten, eingeschossigen, unterkellerten Einfamilienwohnhaus bebaut; Verkehrswert: 151.000,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage: Das Grundstück schließt direkt an das Grundstück BV-Nr. 3 an und ist mit einer Stahlbeton-Fertigarage sowie einem rückwärtig angebauten geschlossenen Schuppen bebaut; Verkehrswert: 15.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Frau Gehrke Tel. 02662 961-274.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 4. Juni 2018

- 13 K 56/17 - Das Amtsgericht

2736.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 21. November 2018, 10.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Seck Gemarkung Seck Flur 9 Flurstück Nr. 176, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Beilsteiner Weg 18, 724 m², Blatt 1106 BV Nr. 1. Objektbeschreibung: Das Grundstück ist mit einem freistehenden, unterkellerten, eingeschossigen Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss bebaut; Verkehrswert: 111.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 11. Juni 2018

- 13 K 101/17 - Das Amtsgericht

2737.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 18. September 2018, 11.15 Uhr**, Raum 3, Sitzungssaal, Amtsgericht Wittlich, Kurfürstenstraße 63, 54516 Wittlich, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wengerohr Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd.Nr. 1 ME-Anteil 1/1000 Sondereigentums-Art an dem Garageneinstellplatz im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 5, Blatt 1763; lfd. Nr. 2 ME-Anteil 1/1000 Sondereigentums-Art an dem Garageneinstellplatz im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 9, Blatt 1764; lfd. Nr. 4 ME-Anteil 1/1000 Sondereigentums-Art an dem Garageneinstellplatz im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 12, Blatt 1756; lfd. Nr. 5 ME-Anteil 1/1000 Sondereigentums-Art an dem Garageneinstellplatz im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 14, Blatt 1758; an Grundstück Gemarkung Wengerohr Flur 1 Flurstück Nr. 131/50, Gebäude- und Freifläche, Wittlicher Straße, 1216 m². Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Tiefgaragenstellplatz; Verkehrswert: 2000,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Tiefgaragenstellplatz; Verkehrswert: 3500,- EUR. Lfd. Nr. 4: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Tiefgaragenstellplatz; Verkehrswert: 3500,- EUR. Lfd. Nr. 5: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Tiefgaragenstellplatz; Verkehrswert: 3500,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. Juli 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Wittlich, den 8. Mai 2018

- 12a K 20/16 - Das Amtsgericht